

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,50 Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Boll und Frit' mit 'Siedlung und Kleingarten'...

Telegraphische Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Nonpareille 60 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 9. September 1925

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Severings Verwaltungsreform.

Ankündigung der großen Reform im Landtagsauschuß.

Der 12er Ausschuß des Landtags hat den preussischen Minister des Innern am 10. Juni ersucht, bevor in die Beratung der Städte- und Landgemeindeförderung eingetreten würde...

Regieren heißt vorausschauend! Soll dieses Wort wahr bleiben, so führte der Minister aus, so sei unbedingt notwendig, baldige große Reformen in unserem ganzen Verwaltungsapparat durchzuführen...

Der Aufgabenkreis der Land- und Stadtkreise

müsse erweitert werden. Die Bezirksregierungen müßten verschwinden, dabei könne man daran denken, daß in großen Provinzen außer den Oberpräsidenten auch noch einzelne Verwaltungsstellen bestehen bleiben...

Verminderung der Zahl der Landtags- und Staatsratsmitglieder zu denken.

Am Schluß seiner Ausführungen faßte der Minister Severing seine Ansichten in nachfolgenden zehn Punkten zusammen:

Stadt- und Landgemeindeförderung

Einfache Organisation. Regelung der nachbarlichen Verhältnisse, Beschränkung der Staatsaufsicht in materieller Beziehung...

Kreisordnung.

Ermöglichung der Dezentralisation innerhalb des Kreises, Regelung des Verhältnisses von Kreis und kreisangehörigen Gemeinden.

Provinzialordnung.

Regelung des Verhältnisses zwischen Provinz und Kreisen, Vermeidung eines überflüssigen Verwaltungsaufbaues der Provinzialverwaltung.

Landesverwaltungsrecht.

Regelung des Verhältnisses der selbstständig bleibenden Lokalbehörden zueinander, Bestimmung des Grundgesetzes, daß die Lokalinstanz im Zweifel entscheidet...

Verwaltungsgerichtsordnung

mit Organisation der Verwaltungsgerichte; Kreisauschuß, Stadtverwaltungsgericht, Provinzialverwaltungsgericht, Oberverwaltungsgericht, Erweiterung des Verwaltungsrechtsschutzes.

Spanischer Landungserfolg?

Nach schweren Stunden.

Paris, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag mittag haben die spanischen Truppen ihren Landungsversuch in der Bucht von Alhucemas erneuert...

Die Riffleute sehen ihre Angriffe fort.

Paris, 8. September. (II.) Nach einer Meldung aus Fes sehen die Riffleute ihre Angriffe im Raume von Assal trotz schwerer Verluste hartnäckig fort...

Schulunterhaltungsgesetz.

Übertragung der Schulunterhaltung auf die Stadt- und Landkreise unter Überweisung entsprechender Generaldotationen.

Dienststrafordnung.

mit Angliederung der Disziplinarkammern an die Provinzialverwaltungsgerichte. Gleiches Verfahrensrecht für mittelbare und unmittelbare Staatsbeamte.

Finanzausgleichsgesetz.

mit Berücksichtigung der Neuregelung der Schullasten und Weglasten.

Mantelgesetz.

in welchem die für eine Dezentralisation und Dekonzentration nötigen Novellen enthalten sind, Änderung der Kreisgrenzen.

Gesetz über eine Herabminderung der Zahl der Landtagsabgeordneten und der Mitglieder des Staatsrats.

In der Aussprache begrüßten alle Parteien die Ausführungen des Ministers über die große Verwaltungsreform. Die Sozialdemokraten verlangten, daß die Regierung nun auch bald entsprechende Gesetzesentwürfe vorlegt...

Für die Beratung der Landgemeindeförderung und Städteordnung stimmten denn außer den Sozialdemokraten und dem Zentrum auch die Kommunisten und der Vertreter der Wirtschaftspartei.

Der Ausschuß hat nicht die getrennten Entwürfe, die das Zentrum als Initiativantrag eingebracht hat, zur Grundlage seiner Beratungen gemacht, sondern den gemeinsamen Entwurf einer Gemeindeförderung...

Deutschland und Frankreich.

Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen.

Der Leiter der deutschen Delegation für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, Staatssekretär Dr. Trendelenburg, begibt sich, entsprechend den mit dem französischen Handelsminister Choumet am 11. Juli getroffenen Vereinbarungen...

Zu welchem Zeitpunkt die beiderseitigen Delegationen die Verhandlungen über ein deutsch-französisches Handelsvertragsprovisorium wieder aufnehmen werden, wird von dem Ergebnis dieser Vorbereitungen abhängen.

Die Ratifikationsurkunden des deutsch-englischen Handelsvertrages sind gestern, Dienstag, in London ausgetauscht worden; er wird damit bindend.

Zusagen für Deutschböden. Der tschechische Ministerpräsident Dr. Socha hat unseren deutschen Genossen versichert, daß weder die Bodenreform noch die neue Schulordnung der Tschechisierung dienen sollen.

Agrarprobleme im Programm.

Bemerkungen zum Programmentwurf.

Von Eduard David.

I.

Die Einleitung des von der Programmkommission dem Parteitag unterbreiteten Programmentwurfs fordert zu milderer Kritik heraus. Sie stellt ein Flickwerk aus Sähen des alten Erfurter Programms und des Göttinger Programms dar...

Die auf der Voraussetzung völlig freier Konkurrenz aufgebaute ökonomische Theorie und Propheete von Karl Marx bedarf weitgehender Korrektur, wenn sie mit dem wirklichen Verlauf der Dinge in Übereinstimmung gebracht werden soll.

Auf die Ungültigkeit des Entwurfs hinsichtlich der Stützierung der industriellen Entwicklung ist schon von anderer Seite hingewiesen worden.

Die Agrarstatistik aller Länder hat uns die Tatsache offenbart, daß die für die mechanische Fabrikation im großen Ganzen zutreffende Lehre von der kapitalistischen Konzentration der Betriebe für die organische Produktion nicht zutrifft.

Ganz übersehen hat nun die Programmkommission diesen andersartigen Gang der landwirtschaftlichen Produktion nicht. Sie trägt ihm 'zwischen den Zeilen' mit folgendem Satz des Entwurfs Rechnung:

'Die ökonomische Entwicklung hat mit innerer Gesetzmäßigkeit zum Erstarken des kapitalistischen Großbetriebes geführt, der in Industrie, im Handel und Verkehr immer mehr den Kleinbetrieb zurückdrängt und seine soziale Bedeutung verringert.'

Das wesentlich Neue in diesem Satz ist die Beschränkung der Konzentrationslehre auf Industrie, Verkehr und Handel unter Auslassung der Landwirtschaft.

Gleichzeitig wächst die industrielle Bevölkerung ständig im Verhältnis zur landwirtschaftlichen.'

Das ist nun zwar bis zu einem gewissen Grade richtig. Wenn aber damit, wie es den Anschein hat, der Eindruck erweckt werden soll, als ob die Landwirtschaft in einem industriell entwickelten Staat von untergeordneter Bedeutung sei...

Die organische Produktion ist und bleibt das Fundament aller Produktion überhaupt. Sie ist die Grundvoraussetzung alles höheren menschlichen Daseins, das tragende Erdgeschöß des ganzen übrigen Kulturbaues.

Hält man sich dies vor Augen, so wird die Unhaltbarkeit einer weiteren Reihe von Sägen des Entwurfs offensichtlich. Sie erweisen sich als falsche Verallgemeinerungen, die die allgemein gültige Form, in der sie ausgesprochen werden, nicht beanspruchen dürfen. Wenn der Entwurf zum Beispiel sagt: „Der Siegeszug des Kapitals hat die Massen der Produzenten von dem Eigentum an ihren Produktionsmitteln getrennt und den Arbeiter in einen bedingten Proletariat verwandelt“, so ist das falsch, denn es trifft für die Masse der landbauenden Produzenten nicht zu. Ebenso falsch ist die weitere sich daran anschließende Behauptung: „die ökonomisch entscheidenden Produktionsmittel“ seien „zum Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten“ geworden. Das trifft für das ökonomisch entscheidende Produktionsmittel, den Grund und Boden, in weitestem Umfang eben nicht zu.

Einen weiteren fundamentalen Irrtum enthält der Satz: „Hand in Hand mit der Monopolisierung der Produktionsmittel geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit.“ Das Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit ist zwar auch in der Sphäre der organischen Produktion beträchtlich, aber keineswegs „riesenhaft“ und jedenfalls sehr viel geringer, als in der mechanischen Produktion. Die letzten Gründe dafür liegen in dem physiologischen Konservatismus des organischen Lebens, der auch durch alle Hülf- und Pflegearbeit, die der Mensch pflanzlichen oder tierischen Organismen angedeihen lassen kann, in seinem Grundwesen nicht geändert wird. Keine Maschine, keine Technik kann den organischen Produktionsprozess wesentlich beschleunigen und die auf einem gegebenen Bodenstück erzeugbare Produktionsmasse zu einem „riesenhaften Wachstum“ steigern.

In dieser naturgesetzlich begrenzten Steigerbarkeit der Produktivität auf dem Gebiet der Nahrungsmittelherzeugung liegt auch die eigentliche letztinstanzliche Schwierigkeit der Lösung der sozialen Frage, wenn man darunter die Ermöglichung einer wohlständigen Lebenshaltung für alle Menschen versteht. Die Harmonisierung der Bevölkerungszunahme mit der Steigerbarkeit der organischen Produktivität bleibt auch nach Lösung des Problems einer gerechten Verteilung eine noch unge löste Menschheitsfrage.

## Schon wieder Dolchstöße.

### Der Sicherheitspakt als „Druckmittel“.

Der Ruhm der Aldeutschen läßt die deutschnationale Presse nicht schlafen. Der aldeutsche Verband hat auf seiner Detmolder Tagung eine große Protestresolution gegen den Sicherheitspakt vom Stapel gelassen — gehorsam klappt die „Kreuz-Zeitung“ hinterher. Sie bemerkt zu den Ausführungen Briands dem Vertreter des „Soz. Pressebüros“ gegenüber:

„Also erst Sicherheitspakt und Eintritt in den Völkerbund, dann Räumung und Abrüstung! Unsere Forderungen bewegen sich, beiläufig bemerkt, in umgekehrter Reihenfolge. Aber Briands Worte sind nichts als Sirenenklänge. Die Gegenseite, die mehr als vier Monate Deutschland mit der ersten Antwort auf das Februarangebot hat warten lassen, hat es mit einemmal sehr eilig. Man merkt die Hast und wird verstimmt. Sicherheitspakt und Völkerbund sind die Tod- und je nach Bedarf die Druckmittel, um uns später desto besser und sicherer einzuwickeln und vergewaltigen zu können.“

Entspräche diese Auffassung den Tatsachen, dann könnte man den Deutschnationalen und ihren Ministern den Vorwurf des Landesverrats und der übelsten Gefinnungsumpererei nicht ersparen. Sie haben der Politik Stresemanns zugestimmt und die Opposition im eigenen Lager unterdrückt, nachdem sie sich die Annahme der Lebensmittelpolitik gesichert hatten. Es ist also nicht recht ersichtlich, wozu die „Kreuz-Zeitung“ mit ihrer verspäteten Polemik gegen den Sicherheitspakt zielt. Oder beabsichtigt man wieder einmal, ihn als „Druckmittel nach Bedarf“ zu benutzen?

## Saison-Beginn.

### Von Walter Gosh.

Es geht wieder los.

Die Theaterdirektoren und Konzertagenten sind immer pünktlich, wenn es etwas zu verdienen gibt. Denn nicht aus feilscher Rührung heraus oder aus einer Bewußtheit, daß es gilt, Mehrer der Kultur und ihr verpflichtet zu sein, organisieren sie; es gehört vielmehr zu der Eigenschaft ihres Berufes, den Instinkt zu haben, wann neu begonnen werden muß. Schauspieler und sonstiges Künstlervolk begrüßen dieses Unternehmen, denn Ferien und lange Ferien sind nur dann von Reiz, wenn sie durch Geld ausreichend stabilisiert werden können.

Wenn der Sommer die letzten Rüsse in den Lauben traffen läßt und auf den Vorortbühnen die Clowns und kleinen Mädchen frieren, kann man bemerken, daß es langweilig wird. . . Auch die Bureau-damen und Anzeigenschreiberinnen sind der Wald- und Wiesenrennbegehr müde, und die große Gemeinde der Geist- und Kunststümpen färbt ihre Bedürfnisse und will wieder dabei sein. Was ist zu tun? Man kündigt an, mit Tusch und Knall, man eröffnet und beginnt.

Ich nenne immer die Winterfaison das tragische Semester. Diese vielleicht unangenehme Bezeichnung erwuchs einer jährlichen Erfahrung. Das regnerische und später kalte Viertel des Jahres steht dem ebenso dunklen wie ersten Genuß zur Verfügung. Denn die heißen Tage in Flut und Licht hat man vertollt: mit einem Mädchen oder dem springenden Seewind, in grünen Wäldern oder auf den Kronen der Berge. Oder man hat sich in Tegel die Sonne auf den Leib brennen lassen und in Treptow seinen Kaffee gekocht. Das ist nun vorbei. Und was immer vorbei geht, macht einen traurig — erst im nächsten Jahr sieht man es wieder. Was jetzt seinen Einzug hält, hat ein ernsteres Gesicht. Eine Flut von Premieren, Gosspielen und Musikabenden stürzt über uns und will uns Geld und Atem nehmen. Dazu ein Aufgebot dichtender Kommis mit ihren Bräuten, Imitationen, Fliegen des Marktes und eine kleine Schar von Künstlern wetteifern redlich uns zu gefallen, zu verdienen und Erfolg zu haben. Menschliche, allzumenschliche Bedürfnisse.

Das war nun alle Winter so. Es wird auch in diesem nicht anders werden. Das ist die einzige Voraussage, die gestattet ist. Sollten aber die Leute von der Kunstindustrie uns erinnern wollen, daß die Reuen, die Radballer und sonstige physische Verschönerungen, die Arbeiter, die gewöhnt sind, Eisen auf Eisen zu schmieden, angehen, so wird ihnen nur empfohlen, schleunigst abzutreten.

Ich möchte darum raten, das ohnehin schon wenige Geld tiefer zu stecken. Es lohnt sich wirklich nicht, alle nackten Beine und entblößten Oberkörper, alle Kunstschülerinnen und vorlesenden Jungfrauen zu sehen und mit anzuhören. Wir wollen darum empfehlen, Mitglied der Volksbühne zu werden, um einem Unter-

## Warnungen für das Zentrum.

### „Sachlich ungerechtfertigter Optimismus“.

Der Versuch derer um Papen, den Kurs im Zentrum endgültig nach rechts zu steuern, trifft in einem großen Teil der Zentrumspresse auf entschiedenen Widerstand. Auch der Verlauf des badischen Parteitages kann das Mißtrauen nicht beseitigen. So schreibt die „Rheinisch-Mainische Volkszeitung“, das Mainzer Zentrumsorgan:

„Es wäre verhängnisvoll, wenn nach dem Ergebnis des Offenburger Parteitages nun ein sachlich ungerechtfertigter Optimismus seinen Einzug hielte. Nach den Reden von Dr. Marx und Prälat Schofer ist bei manchen Teilnehmern an der Versammlung offenbar der Eindruck entstanden, daß ja nun alles in schönster Ordnung wäre. Demgegenüber muß mit allem Nachdruck darauf verwiesen werden, wie es ja Dr. Wirth auch getan hat, daß nun alles von der weiteren Entwicklung der Dinge abhängt.“

Die Rechtsparteien werden es, wie der famose Entwurf Schieles zum Schlußgeheiß beweist, an Lockungen nicht fehlen lassen. Stimmen wie die der „Rheinisch-Mainischen Volkszeitung“ lassen aber erkennen, daß weite Kreise des Zentrums nicht bereit sind, den Vogelfängern auf den Leim zu gehen. Sie kennen ihre Sache!

## Ein Ephialtes-Streich.

Die „Rheinische Volkszeitung“ befaßt sich am Dienstag mit dem Spitzbrief des deutschnationalen Abgeordneten Bachem. Sie schreibt:

„Welch erschreckende Ueberheblichkeit der Deutschnationalen spricht sich hier aus! Sie, deren Parteidomänen niemals eine Befähigung gesehen haben! Ob es einen schlechteren Zeitpunkt zur Verwirklichung des Bachem'schen Ephialtes-Streiches als der jetzige! Wenn diese Methode zum System wird, dann werden die Tage der Befreiung im Rheinlande, die hoffentlich nahe sind, eine vergiftete Atmosphäre schaffen. Wollen die Deutschnationalen selbst die heilige Stunde der Befreiung mit dem Fluche der chauvinistischen Hege verzeihen? Dieser Brief wird Empörung entfachen. Dazu kann man nicht schweigen. Dazu kann aber auch die Deutschnationale Partei nicht schweigen, wenn sie nicht bewußt den Vorwurf auf sich sitzen lassen will, daß sie wider besseres Wissen ein falsches Spiel getrieben habe.“

Wir können uns der Empörung des Kölner Zentrumsblattes nicht anschließen. Die Deutschnationale Partei hat die Ephialtes-Methode längst zu ihrem System erhoben. Sie gebraucht die vergiftete Atmosphäre und die chauvinistische Hege, um ihr politisches Geschäft damit zu machen. Das sind altbekannte Dinge, über die man sich nicht aufregen, sondern die man mit einer Bewegung der Fußspitze abtun sollte. Wer sich allerdings mit den Deutschnationalen an einen Tisch setzt, der muß es sich gefallen lassen, daß ihm mitunter Gift statt Wein kredenz wird.

## Preußen im Reichsrat.

### Das Sonderrecht der Provinzialvertreter.

Das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger veröffentlicht einen Aufsatz, in dem eine Abänderung des Artikels 63 der Reichsverfassung gefordert wird. Der Artikel bestimmt, daß im Gegensatz zu den anderen Ländern die Hälfte der preußischen Stimmen von den Provinzialverwaltungen gestellt wird, die nach eigenem Gutdünken abstimmen können. Es ist bekannt, daß dadurch der Wille der preußischen Regierung im Reichsrat des öfteren lahmgelegt worden ist und daß die preußische Regierung infolgedessen die Führung, die sie ziffernmäßig hat, an andere Länder abgeben mußte. Ein weiterer Uebelstand ist das System der Stellvertretungen der Provinzialvertreter. Hierüber wird im Aufsatz ausgeführt:

„Es gehört der Stellvertreter einer anderen politischen Richtung an als der Hauptvertreter. Der Vertreter von Niederhessen z. B. v. Günther, ist deutschnational, sein Stellvertreter, der Oberpräsident Zinner, ist Sozialdemokrat. Bei der Abstimmung über

nehmen und einer Bewegung anteilig zu sein, die es noch als Dienst empfindet, kunstschaffend und kunstaustragend zu sein. Glaube man aber nicht, daß es genügt, nur in den Gemüß einer billigen Theater- und Konzertkarte zu kommen — die selbstlosen Anstrengungen, das Volk in organische Beziehung mit der Kunst zu setzen, sind nicht allein eine Sache der Erziehung, sondern eine aktive Pflicht. Wir sollten uns wieder einmal erinnern, daß die heutige große Gemeinde der Volksbühne die kulturtragende, kulturrepräsentierende Generation von morgen sein soll.“

Was wird kommen? Die Natura Poffiani wird singen, Gio-Konzerte, Bonte von der Zirkustupfel einen Purzelbaum schießen und Franz Schilin dirigieren — freuen wir uns, daß es wieder überall begonnen hat. Die kleinen Leuten von der Junst, die Bernegroße, die Eintagsfliegen werden sterben gehen — jeder Strom pulst Flussland aus. Wir sollen aber wissen, daß auch die Stunde der Erhebung die Haltung sein soll, die vom Ernst der Zeit nichts abzutreiben braucht. Tragisches Semester? Auch im Ernst liegen die ungeheuren Möglichkeiten des Lebens. Und wir lachen — links!

**Labour Day — der Tag der Arbeit.** Die Einführung dieses Feiertages verdanken wir den Arbeiterorganisationen der Vereinigten Staaten. Die erste der großen Arbeiterorganisationen Amerikas, die Knights of Labor oder Ritter der Arbeit, ging aus einem in der Stadt Philadelphia im Jahre 1869 gegründeten Gewerkschaftsverein von Schneidern, dessen Führer Uriah S. Stevens war, hervor. Die Organisation breitete sich in kurzer Zeit über Pennsylvania und die ganzen Vereinigten Staaten aus. Anfangs war die Organisation ein Geheimbund, aber im Jahre 1881 machte er seine Prinzipien öffentlich bekannt. Diese Arbeitergewerkschaft verfolgte den Zweck, alle Arbeiter, gelernte wie ungelernete, zu vereinigen. Auf dem Jahreskonvent des Ordens zu Richmond im Jahre 1881 kam es zu einer Spaltung. Samuel Compers und andere zogen sich von der Organisation zurück und gründeten die American Federation of Labor, die sich noch schneller ausbreitete als die Ritter der Arbeit. Mit der Zeit wurde der Arbeiterbund zum herausragendsten Vertreter der Arbeiterinteressen der Vereinigten Staaten. Der Bund regte in der New Yorker Staatslegislatur eine Bewegung an, um den ersten Montag im September zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären. Der erste Staat, der den Tag der Arbeit als gesetzlichen Feiertag einführt, war der Staat Oregon, und zwar im Jahre 1887. Ihm folgten Colorado, New Jersey, New York und Massachusetts, die alle ein ähnliches Gesetz im Jahre 1877 annahmen. Alle anderen Staaten der Union, mit Ausnahme von Wyoming, folgten dem Beispiel der ersten fünf Staaten, und der erste Montag im September kann heute als nationaler Feiertag angesehen werden.

**Ein Platinfeld von 3000 Quadratkilometer.** Die großen Platinfunde in Südafrika haben dort ein „Platinfieber“ entfacht, das dem nach den großen Goldentdeckungen ähnlich ist. Der Direktor des geologischen Amtes der südafrikanischen Regierung, Dr. Percy Wagner, glaubt, daß Südafrika mehr Platin enthält, als sich sonst auf der ganzen übrigen Erde findet; er schätzt die Lager in Transvaal, die Platin enthalten, auf einen Umfang von mehr als

die Zollvorlage stimmte v. Günther gegen die Regierung; wäre er verhindert gewesen, so hätte Zinner ihn vertreten, dessen Votum für die Regierung gefallen wäre. Von solchen Zufälligkeiten ist unter Umständen die politische Lage in Preußen abhängig! und darüber hinaus kommt auch das Kuriosum vor, daß ein Provinzialvertreter im Falle der Behinderung seinen Stellvertreter gar nicht erst benachrichtigt, sondern einen anderen seiner engeren Kollegen auffordert, ihn bei der Abstimmung zu vertreten! Auch dieses Stellvertretungssystem bei Abstimmungen ist ein Mißstand, von dem das Schicksal von Regierungsvorlagen nicht abhängen darf.

Eine Milderung der Mißstände im Rahmen der preußischen Verfassung, wie sie die Volkspartei vorgeschlagen habe, so heißt es in dem Aufsatz weiter, genüge nicht, man müsse das Uebel durch Abänderung der Reichsverfassung mit der Wurzel ausrotten, da es ein unhaltbarer Zustand sei, wenn eine Regierung, die lediglich dem Landtag verantwortlich sei, durch Provinzialvertreter zu Fall gebracht werden könne.

## Groß-Hamburg-Wünsche.

### Eine offiziöse Erklärung Hamburgs.

Hamburg, 8. September. (W.Z.) Die gestrigen Erklärungen des preußischen Ministerpräsidenten im Hauptauschuß des Landtages über die Groß-Hamburg-Frage sowie die vorausgegangene Behauptung eines Abgeordneten, daß Hamburg in der Groß-Hamburg-Frage eine unerhörte Agitation treibe, geben der Staatlichen Pressestelle Veranlassung zu folgenden Feststellungen: „Die seinerzeit auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung vom Reich eingesezte Kommission, die aus Angehörigen aller Parteien und Länder bestand, hat nach Anhörung namhafter Sachverständiger ein Gutachten erstattet, das die Abtretung der preußischen Gebiete im Stromspaltungsgebiet der Elbe an Hamburg gegen Kompensation als notwendig bezeichnet, um die organische Entwicklung des hamburgischen Hafens im allgemeinen deutschen Interesse sicherzustellen. Hamburg hat sich bereits damals unter Zurückstellung weitergehender Wünsche auf den Boden dieses Gutachtens gestellt. Zu einem gleichen Ergebnis wie die Reichskommission kommt der seit zwei Jahren vorliegende Plan des ehemaligen preußischen Ministers Dr. Drens und des Grafen Koeders. Die preußische Regierung hat bekanntlich in den letzten zwei Jahren wiederholt um Vertagung der Verhandlungen gebeten, in die Hamburg aus deutschem Interesse und um Preußen entgegenzukommen, eingewilligt hat. Hamburg hat während der Verhandlungspause völlige Zurückhaltung geübt, hingegen sind von preußischer Seite eine Reihe von Teilfragen (Generalsiedlungsplan, Zweckerband, Verschmelzung von Hamburg und Wilhelmshafen) stark propagiert worden. Die Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten gibt aber die erfreuliche Aussicht, daß die Verhandlungen bald wieder aufgenommen und im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft zu einem Ergebnis führen werden, durch das Hamburgs Stellung als Welthafen gesichert bleibt.“

## Hindenburg und die „Aktionsausschüsse“.

### Zur Rheinlandreise des Präsidenten.

Köln, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Die „Rheinische Zeitung“ teilt anlässlich der bevorstehenden Reise Hindenburgs in das Rheinland mit, daß man beabsichtigt, die sogenannten Aktionsausschüsse aus dem passiven Widerstand, die von Anhängern verschiedener Parteien gebildet waren, dem Reichspräsidenten vorzustellen. Unser Kölner Parteiblatz bemerkt dazu:

„Wir halten es für ausgeschlossen, daß sich ein Sozialdemokrat an solcher Täuschung beteiligt. Jene Aktionsausschüsse sind seit Jahr und Tag aufgehoben. Sie zu erneuern liegt um so weniger Anlaß vor, als die Rechtsparteien jede fernere Möglichkeit gemeinsamer Aktionen im Rheinland dadurch zer schlagen haben, daß sie wider besseres Wissen die bis zum Vorwurf des Landesverrats gesteigerte Behauptung der mangelnden nationalen Gesinnung gegen die Sozialdemokratie geschleudert haben.“

3000 Quadratkilometer. Das Platin findet sich hauptsächlich in den neuentdeckten Lagern von Domitridium. „Da der Platinmarkt ebenso empfindlich ist wie der Diamantenmarkt“, erklärte Wagner, „würde eine beträchtliche Vermehrung durch die südafrikanische Platinergewinnung den Preis herabdrücken. Wir müssen daher unsere Erzeugung mit den Bedürfnissen des Weltplatinmarktes in Einklang bringen.“

**Funde aus vorgeschichtlicher Zeit in Polen.** Bei Erdbarbeiten in einem Borort von Krakau wurde eine umfangreiche vorgeschichtliche Begräbnisstätte aufgedeckt, etwa 200 Gräber, in denen sich zahlreiche Urnen mit Resten eingedickter Leichen befinden. In verzerrten Tongefäßen fand man menschliche Knochenreste, daneben Kleiderschmuck aus Bronze. Die Entdeckung führt in die vorgeschichtliche Epoche Mitteleuropas zurück, in die Zeit um etwa 800 vor Christi. Umweit der Begräbnisstätte sind Ueberbleibsel von Höhlenwohnungen gefunden worden, mit Feuerherden aus Steinen. Unter den Spezialisten der Krakauer Lokalgeschichte erweckt es besonderes Interesse, daß diese Siedlungsreste sich in der unmittelbaren Nähe des geheimnisvollen Hügels befinden, der nach einer Volkssage der Wohnsitz des Gründers von Krakau gewesen sein soll.

**Eine gesunde Stadt.** Unter allen Großstädten der Welt mit mehr als einer halben Million Einwohnern hat die australische Stadt Sidney den günstigsten Gesundheitszustand. Im letzten Jahre erkrankten dort auf 1000 Einwohner 9,28 Sterbefälle, während der Prozentsatz der Sterblichkeit bei Säuglingen unter einem Jahre 3,7 betrug. In den letzten fünf Jahren kamen auf 1000 Personen durchschnittlich nur 9,35 Todesfälle. Das Hauptverdienst an dem günstigen Gesundheitszustand dieser Stadt fällt dem außerordentlich gesunden Klima an der südostraustralischen Küste zu.

**Blinder Passagier im Flugzeug.** Als neuartiger blinder Passagier entpuppte sich ein sechzehnjähriger Bursche in Los Angeles, der eine abenteuerliche Flugzeugreise von 300 englischen Meilen machte, indem er sich an einen Flügel eines Heeresflugzeuges anklammerte. Er wurde erst hoch in der Luft dadurch entdeckt, daß das Flugzeug ständig nach einer Seite neigte. Der netterweise Bursche mußte eine äußerst gefährliche Kletterpartie in die Mitte des Flugzeuges vornehmen. Er blieb dann im Flugzeug, bis die Landung stattfand.

**Die Staatliche Schauspielschule zu Berlin** — Leitung Professor Leopold Jekner — beginnt ihren ersten Lehrgang am 12. Oktober. Die Ausbildung dauert zwei Jahre. Die Unterrichtsgebühren betragen für das Halbjahr 100 M., dann aber erlassen werden. Anmeldungen zu dem am 28. September stattfindenden Aufnahmeprüfung sind schriftlich bis zum 22. September an das Bureau der akadem. Hochschule für Musik, Charlottenburg, Palaststr. 1, zu richten. Beizugewen sind: selbstgeschriebener Lebenslauf, Geburtsurkunde, Abgangszeugnis der besuchten Schule und bei Minderjährigen die Genehmigung der Eltern oder Vormünder.

**Das Ciffing-Theater** wird Freitag mit „Göh von Berlin“ in der Inszenierung von Richard Hofenheim eröffnet. Paul Wegener spielt die Titelrolle.

**Die „Athena“** bringt täglich den Film „Sabbatabend“ (ein Rauschfilm mit einleitendem Vortrag von Dr. a. Geisel). Neben den Abend- finden auch Nachmittagsvorstellungen um 1/2 Uhr statt.

## Gemeinsame Friedensfront. Marseille und Paris.

Genosse Paul Böbe schreibt im „Soz. Pressedienst“:  
Als wir eines Abends im Scheine der zehntausend Lichter zum Triumphbogen pilgerten, um das Grab des unbekannten Soldaten zu besuchen, erzählte uns ein Freund von dem Schmerzensrufe, den ein französischer Schriftsteller diesem Symbol der grausamen Hingeflachteten in den erstarrten Mund gesetzt hat. Während die Hunderte sich ihm mit leidenschaftlicher Ehrerbietung nahen, richtet sich der unbekannte Soldat langsam empor, und drohend ruft er seiner Umgebung zu: „Wofür opferte ich mein Leben? Ihr sagtet, mein Tod bedeutet das Ende des Militarismus, aber Europa starrt in Waffen! Ihr sagtet, für den letzten Krieg host du dein Leben hingegeben, aber die Welt führt neue Kriege! Ihr sagtet, die Freiheit der Völker bist du hingefunken, aber die Völker sind nicht befreit! Neue Ketten sind für sie geschmiedet!“

Diese symbolische Darstellung, die wahrscheinlich im französischen Original noch viel ergreifender anzuhören ist, gibt die Enttäuschung der Völker über den Ausgang des Weltkrieges wieder. Dort Wilsons Ideal vom Frieden der Gerechtigkeit, vom Ende aller Kriege — hier die rauhe Wirklichkeit, die nicht in Sprüngen vorwärts eilt, sondern unendlich langsam und mit zahlreichen Rückschlägen fortgeschritten. Immer neue nationalstische Verzerrung und Verwirrung der Völkerverhältnisse in allen Ländern durch eine vom Kapital beeinflusste, oft gekaufte Presse und ihr gegenüber die mühsame Abwehr der Friedensfreunde.

Einst lehrte die Sozialdemokratie: „Die Kriege sind mit dem kapitalistischen System untrennbar verbunden, also können sie erst aufhören mit der Herrschaft des Kapitals.“ Seit den furchtbaren Schlägen des Weltkrieges aber ist die Erkenntnis allgemein geworden, daß schon vorher, vor dem Ende des Kapitalismus jeder Sozialdemokrat die Pflicht hat, alles zu tun, um die Wiederkehr solcher Blutbäder zu verhindern. Diese Erkenntnis hat schon während des Krieges gerade die radikalen Sozialdemokraten Hugo Haase, Heinrich Ströbel und andere zu den bürgerlichen Friedensfreunden geführt, mit denen sie gemeinsam die baldige Beendigung des Krieges betrieben.

Einst hielten die bürgerlichen Friedensfreunde die Abschaffung der Kriege für ein rein ethisches Problem, aus religiösen, moralischen, juristischen Gründen sollte die Menschheit gegen die Roheit des Krieges aufbäumen, und für den Frieden der Völker eintreten. Wir unterschätzen diese geistigen Kräfte gewiß nicht, sie sind unentbehrlich, um das Gewissen der Menschen zu schärfen und den Abscheu gegen das Kriegsverbrechen zu wecken. Aber auch die bürgerlichen Friedensfreunde haben sich inzwischen überzeugt, welche ausschlaggebende Rolle wirtschaftliche Faktoren bei den Ursachen zu Kriegen und bei den gewaltsamen Zusammenstößen der Staaten spielen. Ihre Tagungen berücksichtigen heute die ökonomischen Faktoren ebenso wie die ethischen.

Beide Bewegungen aber haben eingesehen, daß es nicht genügt, für den großen heiligen Frieden einer fernen Zukunft zu wirken, sondern daß uns die Not auf den Nägeln brennt, und daß mit dem politischen Einfluß von heute der Frieden gegen den Krieg gesichert werden muß. So sind sich die beiden Lager näher gerückt und während früher die Sozialdemokratie nur durch wenige führende Persönlichkeiten, z. B. den tapferen belgischen Senator Lafontaine, bei den Friedenskongressen vertreten war, fanden wir in Paris wie auch bei den letzten deutschen Friedenskongressen eine große Anzahl organisierter Sozialdemokraten.

Die geistige Annäherung der beiden Strömungen kommt auch in den Beschlüssen immer deutlicher zum Ausdruck, und die Resolution, die der Sozialistenkongress in Marseille über die Frage des Genfer Protokolls und des Sicherheitspaktes annahm, machte sich mit geringen Abweichungen auch der Friedenskongress in Paris zu eigen.

Die Gefahren und die Furchtbarkeiten eines neuen Krieges sind groß genug, daß gegen sie alle Kräfte mobil gemacht werden müssen. Sozialdemokraten und bürgerliche Pazifisten kämpfen hier in einer Linie und keiner braucht sich deshalb an seiner sonstigen politischen Überzeugung etwas zu vergeben. Marseille und Paris werden beide die Front der Kriegsgegner stärken und die in den bürgerlichen Regierungen vorhandenen friedlichen Tendenzen gegen die nationalistischen unterstützen.

## Die Konzentration in Oberschlesien.

### Staatsbeteiligung gegen Schuldablösung?

Die in der ober-schlesischen Schwerindustrie angebahnte Konzentrationspolitik, auf die wir im Leitartikel gestern morgen bereits hinwiesen, wird in folgender Zuschrift näher beleuchtet:

Wäre der Völkerverbund schon etwas mehr, als er ist, nämlich zu fünf Sechsteln ein politisches Instrument der beim Friedensschluß von Versailles gegen Deutschland zusammenstehenden Regierungen und zu einem Sechstel eine Hoffnung, dann hätte er alle Ursache, sich nicht nur mit dem Nihil-Gebiet und Oesterreich, mit dem Opiumhandel und der Viehseuchenbekämpfung zu befassen, sondern müßte seine Aufmerksamkeit auch auf Oberschlesien und die dort zutage tretenden Folgen der von ihm festgelegten Grenze zwischen Deutschland und Polen lenken. Nachdem die Übergangszeit abgelaufen ist, die in dem Vertrag zwischen Deutschland und Polen zur Abwehr der schlimmsten Schäden festgesetzt worden war, zeigt sich mit erschütternder Deutlichkeit, wie unsinnig die Zerteilung eines ganz einheitlich aufgebauten Rohstoff- und Industriegebietes war. Gewiß wird die Lage im Augenblick noch durch den Zollkampf zwischen Deutschland und Polen verschärft; dieser ist aber nicht die Wurzel des Übels, sondern lediglich eine, hoffentlich bald vorübergehende, Steigerung. Auch abgesehen von dieser Steigerung der Schwierigkeiten sind die Zustände unhaltbar geworden. Das würde auch auf polnischer Seite noch klarer hervortreten, wenn nicht der dauernde Fall der polnischen Währungseinheit, des Zloty, jenen letzten Endes verderblichen Produktions- und Exportreiz gewährte, den wir zur Genüge während der deutschen Inflationszeit kennen gelernt haben.

Der deutsch gebildete Teil der ober-schlesischen Eisenindustrie will jetzt durch einen weitgehenden Zusammenschluß die Gefahr ihrer Lage herabmindern. Diese Versuche bewegen sich ganz im Rahmen eines ober-schlesischen Wiederaufbauprogramms, welches unter intensiver Mitwirkung der freien Gewerkschaften in einer kürzlich zu Doppel unter Vorsitz des Oberpräsidenten von Oberschlesien Proské aufgestellt wurde und inzwischen den zuständigen Regierungsstellen und den Parlamenten überreicht sein dürfte. Ins Auge gefaßt ist zunächst eine Vereinigung der ober-schlesischen Eisenindustrie-Gesellschaft und der ober-schlesischen Eisenbahnbedarfsgesellschaft, welche gewöhnlich abgekürzt O.E. und Oberbedarf genannt. Beide Gesellschaften haben einen erheblichen Teil ihrer Anlagen durch die neue Grenze verloren und müßten, wenn sie weiterbestehen wollen, die eine ein Walzwerk, die andere ein Hüttenwerk neu errichten. Das wäre, ganz abgesehen von der Schwierigkeit der Unmöglichkeit der dazu nötigen Kapitalbeschaffung, ein wirtschaftlicher Unsin, weil sowohl die vorhandenen Hütten wie das vorhandene großartig

# Die Einladung nach Lausanne.

## Konferenzbeginn am 29. September.

Genf, 8. September. (Eig. Drahtb.) Ihr Vertreter erzählt aus unbedingt zuverlässiger Quelle, daß die offizielle Einladung zu der Ministerkonferenz über den Sicherheitspakt an Deutschland am Dienstag morgen nach Berlin übermittelt wurde. Als Tag für den Konferenzbeginn wird der 29. September vorgeschlagen, als Ort Lausanne.

Die Einladung dürfte nach unseren Informationen nicht nur an den Reichsaussenminister, sondern an die Reichsregierung die Bitte um Entsendung bestimmter Persönlichkeiten nach Lausanne richten. Es bleibt der Regierung damit freigestellt, neben dem Vater des Sicherheitsangebotes vom 9. Februar, dem Reichsaussenminister Stresemann, andere Persönlichkeiten mit gleichen Vollmachten zu entsenden. Dem Reichsaussenminister scheint es auf diese Formulierung der Einladung wesentlich angekommen zu sein, und es verlautet sogar, daß man von deutscher Seite aus in Genf entsprechendes angeregt hat. In dieser Beziehung dürften die Worte Briands über die Anwesenheit Dr. Luthers eine gewisse Bedeutung erlangen.

## Französische Abrüstungsanregung.

Genf, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Von französischer Seite ist angeregt worden, daß der Völkerverbund den Entwurf eines internationalen Abkommens über die Abrüstung ausarbeite. Dieser Entwurf soll nach Abschluß des Garantiepaktes und entsprechender Schiedsgerichtsverträge die Grundlage für eine Abrüstungskonferenz bilden.

## Benesch gibt sich zufrieden.

Genf, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Ministerkonferenz der Kleinen Entente am Montag wird viel besprochen. Es bestätigt sich, daß der tschechoslowakische Außenminister Benesch vorläufig keine Absichten, einen Garantiepakt für die Oststaaten zum Abschluß zu bringen, fallengelassen hat, da ihn der Wille Englands, nur das Rheinland zu garantieren, von der Aussichtlosigkeit überzeugt hat, für absehbare Zeit seine Pläne durchzuführen. Wie von führender Seite der tschechoslowakischen Delegation versichert wird, ist Prag entschlossen, die gegenwärtige französische Ausgleichspolitik loyal zu unterstützen. Dabei wird die besondere Bereitwilligkeit ausgedrückt, ein gutes Verhältnis mit Deutschland anzubahnen, das durch den Abschluß des Garantievertrages zu befestigen wäre.

Senator Capper aus den Vereinigten Staaten weilt gegenwärtig ebenfalls in Genf, um über die Tagung des Völkerverbundes nach Washington zu berichten.

Die Völkerverbundversammlung setzte am Dienstag Kommissionen für juristische Fragen, technische Abrüstung, Haushalt des Völkerverbundes, Finanzfragen, soziale und politische Fragen ein.

## Chamberlain sieht Deutschland schon im Völkerverbund.

Genf, 8. September. (Eig. Drahtb.) Auf einem Pressediner erklärte der englische Außenminister Chamberlain am Dienstag, er habe die berechtigte Hoffnung, ein großes, sehr nach dem Völkerverbund fernstehendes Land (Deutschland) in naher Zeit als Mitglied begrüßen zu können. Die Verhandlungen in Genf, London, Paris, Brüssel, Rom und Berlin seien günstig verlaufen und überträfen die frühesten Erwartungen. Er denke, in kürzester Zeit nicht fern von Genf (Lausanne) die Verhandlungen fortzuführen zu können.

Auf dem Pressediner gab Painlevé der Hoffnung auf eine dauernde Entspannung zwischen den Völkern Ausdruck. Banderoveld erklärte, daß der Sicherheitspakt sich nicht

eingeriichte Walzwerk mit Leichtigkeit den Bedarf beider Gesellschaften an Roheisen und Stahl sowie an Walzgut befriedigen können. Der Zusammenschluß ist also die wirtschaftlich gebotene Lösung der Schwierigkeiten auf der „Linie des geringsten Widerstandes“, d. h. auf sparsamste und wirtschaftlich allein zu verantwortende Weise.

Aber mit der technischen Vereinigung ist dennoch den Werken nach den Berichten der bürgerlichen Zeitungen noch nicht geholfen. Es würde ihnen zum Weiterbestehen auch dann noch an den nötigen Betriebsmitteln fehlen. Diese sind einstweilen nach Abschluß des Genfer Vertrags durch die Preussische Seehandlung in Form eines je drei Monate laufenden und von den Großhändlern garantierten Kredites von zusammen 46 Millionen Mark gegeben worden. Aber dieser Kredit ist natürlich viel zu teuer und viel zu unsicher, als daß die Werke ihn dauernd benutzen könnten. Es kommt also darauf an, ihn zu konsolidieren. In welcher Weise das geschehen soll, ist aus dem bisher vorliegenden Material nicht mit Sicherheit zu erkennen; es scheint aber, als ob man in erster Linie an eine Umwandlung der Bankschulden in eine Staatsbeteiligung denke, wodurch die ganze ober-schlesische Eisenindustrie etwa in ähnliche Beziehungen zum Staat treten würde, wie wir das schon bei der westfälischen Kohlengrube Hibernia, in gewissem Sinne auch bei der Preussag kennen gelernt haben. Diese Seite der Frage wird wohl noch zu schwierigen Verhandlungen Anlaß geben, wobei nur zu wünschen wäre, daß die Interessen des Staates und die der Arbeiterschaft in vollem Maße gewahrt würden.

## Wieder ein deutschnationaler Reinfall.

### Wie pommerische Großgrundbesitzer die deutschen Belange schützen.

Ein deutschnationaler Landtagsabgeordneter Richöfel hatte in einer kleinen Anfrage an die Regierung gegen einen katholischen Geistlichen Pojda, der in einer fast rein deutschen pommerischen Gemeinde tätig ist, den Vorwurf polnischer Agitation erhoben, weil er das Evangelium in polnischer Sprache lese. Aus einer in der „Germania“ veröffentlichten Erklärung des katholischen Kirchenvorstandes in Stolp ergibt sich, daß jene Predigten in polnischer Sprache dort bereits vor zwanzig Jahren eingeführt wurden, weil die Großgrundbesitzer vorwiegend polnische Schnitter beschäftigten. Das tun diese treudeutschen Agrarier auch heute noch, obwohl in der dortigen Gegend unter den deutschen Arbeitern große Arbeitslosigkeit herrscht.

Also zuerst ziehen deutschnationaler Junker unter Benachteiligung der Interessen deutscher Arbeiter polnische Schnitter mollenweise heran, weil diese bekanntlich billiger sind, und dann schicken sie die ihnen nachbestehenden Landtagsabgeordneten vor, um darüber Beschwerde zu führen, daß für diese der deutschen Sprache meist nicht mächtigen Polen ein besonderer polnischer Gottesdienst abgehalten wird. Der Vorwurf der „polnischen Mäheren“, der in der kleinen Anfrage gegen den Pfarreer enthalten ist, fällt also in Wirklichkeit auf die pommerischen Landbündler zurück.

gegen Rußland richten werde. Er hoffe, daß die Russen das einsehen werden, denn Rußland brauche Europa ebenso notwendig, wie Europa Rußland. Mit dieser Einsicht würde die Welt in eine weitere wichtige Etappe des Friedenswertes eintreten.

## Die freundschaftliche Juristenkonferenz.

Paris, 8. September. (W.T.B.) Der Honas-Sonderberichterstatter in Genf hatte eine Unterredung mit dem belgischen Sachverständigen Kollin, in der dieser u. a. erklärte: Die aus London verbreiteten Nachrichten, denen zufolge bei den Sachverständigenberatungen Belgien die deutsche These unterstützt hätte, sind völlig aus der Luft gegriffen. Tatsache ist, daß die Londoner Beratungen sich von Anfang bis zu Ende in einer Atmosphäre der Herzlichkeit abgepielt haben, die man vielleicht noch niemals, selbst nicht in Genf, angetroffen hat. Wenn ich mich nicht gegen englische oder französische Vorschläge habe zu wenden brauchen, so hat das darin seinen Grund, daß zwischen diesen und den deutschen Vorschlägen die Differenzen bedeutend weniger ausgeprägt waren, als man hätte glauben können. Wir haben in unserem deutschen Kollegen Gaus einen Unterhändler gefunden, der von dem konziliantesten Geiste befeuert war, und das erklärt vielleicht, daß wir eine recht gute Arbeit verrichtet haben. Ueber die genauen Ergebnisse unserer Arbeit kann ich Ihnen nicht sagen; ich kann indessen versichern, daß wir glauben, den Boden für die demnächstigen Verhandlungen in nütlicher Weise vorbereitet zu haben. Es ist vielleicht nicht übertrieben, zu behaupten, daß die früheren Zusammenkünfte zwischen Fromageot und Gaus zu der Annäherung beigetragen haben, die bei den Londoner Besprechungen erreicht worden ist. Zweifellos bleiben noch große Schwierigkeiten zu überwinden, unser Eindruck ist indessen günstig, und wir sind glücklich, nach Fühlungnahme mit den Außenministern feststellen zu können, daß sie unsere Gefühle teilen.

## Die Saarabordnung in Genf.

Zu der von uns schon gemeldeten Besprechung zweier saarländischer Arbeiternretreter mit dem französischen Außenminister Briand in Genf schreibt die sozialdemokratische „Volksstimme“ unter der Ueberschrift „Briand gibt Saarersprechungen“ u. a., daß die Genossen Schäfer und Bretter dem Minister auch eine Denkschrift über die Lohn- und Gehaltsfragen der staatlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten des Saargebietes überreicht haben. Die beiden Genossen verlangten das passive Wahlrecht auch für nicht im Saargebiet Geborene, die Gewährung von gesetzgebenden Funktionen an den Landesrat, besonders in Budget- und Finanzfragen, und endlich die Immunität für die Abgeordneten. Briand erklärte seine „grundfällige Bereitwilligkeit zur Nachprüfung der Beschwerden“ und bemerkte, daß vorläufig das passive Wahlrecht an alle Saarländer gegeben werden könne, die etwa 5 Jahre im Saargebiet wohnen.

Unser Parteiblatt führt u. a. aus: Da nur geborene Saarländer wählbar sind, werden wertvolle Kräfte, die schon seit Jahrzehnten im Saargebiet wohnen, ohne dort geboren zu sein, an der Interessenvertretung der Bevölkerung verhindert. So kann beispielsweise der langjährige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes, Schäfer, kein Mandat übernehmen, weil er nicht im Saargebiet geboren ist. Hinzu kommt, daß in einem Industriegebiet wie dem Saargebiet die Zahl der Zugewanderten an sich sehr groß ist.

Der Landesrat stellt noch immer eine Karikatur von Parlament dar, denn er besitzt, da ihm das Mitbestimmungsrecht fehlt, praktisch gar keinen Einfluß auf die Verwaltung des Saargebietes. Seine Gutachten wandern in den großen Papiertorb der Saarkommission.

## Brenner-Garantie später!

### Pariser Stimme gegen Mussolinis Zudringlichkeit.

Paris, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Während ursprünglich die französische Presse die Teilnahme Italiens an den Paktverhandlungen als einen Erfolg der französischen Diplomatie hinzustellen suchte, schreibt die „Information“ am Dienstag, dass das früher kein besonderes Interesse für die Paktverhandlungen gezeigt hat, suche nunmehr aktiver Anteil daran zu nehmen. Es sei jedoch von vornherein vereinbart gewesen, daß die Frage der italienischen Grenze und deren Garantie, die außerhalb des Rahmens des Rheinlandpakt steht, nicht mit den Verhandlungen über den Westpakt vermengt werden solle. Bereits die Verbindung der Frage der Sicherheit im Westen mit der Sicherheit Osteuropas, die notwendig erscheinen, erschwere die Lösung des ganzen Sicherheitsproblems beträchtlich. Ganz anders stehe es aber mit der Brennergrenze und mit dem ganzen östereichischen Problem. Wenn man alle Fragen vermenge, so laufe man Gefahr, keine einzige zu lösen.

Man ist natürlich überall vollkommen klar darüber, daß Deutschland nicht Grenzen zwischen zwei anderen Staaten garantieren kann. Italien und Deutschland grenzen nirgendwo aneinander. Ebenso sicher ist, daß — selbst trotz der infamen Verfolgung des Südtiroler Deutschtums — die Republik Deutschösterreich selbst nicht in der kühnsten Phantasie als ein Staat erscheinen kann, der einen Angriffskrieg gegen Italien führen könnte. Darum ist es nur selbstverständlich, wenn man sich rechtzeitig die Verschärfung des Ritzmusherzogs der Abbruzzen verbittet.

## Streit um die Saloniki-Bahn.

Genf, 8. September. (W.T.B.) Die seit längerer Zeit schwebenden Vertragsverhandlungen zwischen Südtiroler und Griechen-land haben seit kurzem eine erste Wendung genommen. Die Frage, um die es sich dabei dreht, ist die etwa 80 Kilometer lange Eisenbahnstrecke, die durch griechisches Gebiet nach Saloniki, dem Hafen für Serbien, führt. Die Serben verlangen von Griechenland, daß es ihnen die Verwaltung der Eisenbahn überläßt, wogegen sich Griechenland aber sträubt. Dies könnte möglicherweise dem Völkerverbund Veranlassung geben, zur rechten Zeit einschreitend einzugreifen, um folgenschwere Ereignisse zu verhindern.

## Die Lage in Syrien.

Beirut, 8. September. (W.T.B.) (Hanas.) Die französischen Pflücker haben einige Stellungen in der Nachbarschaft der Stadtelle von Sweida bombardiert, in denen die Drusen Geschütze aufzustellen versuchten.

Die Londoner Journalisten-Vereinigung hat ihren Vollzugs-ausschuß ersucht, die Möglichkeiten eines gerichtlichen Vorgehens gegen Zeitungen zu untersuchen, die unter dem Namen hervorragender Persönlichkeiten Artikel veröffentlichen, die gar nicht von diesen Personen geschrieben sind.

# Gewerkschaftsbewegung

## Maßregelung eines Beamten.

### Protokoll der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen.

Unter der heutigen Reichsregierung im Reich versuchen die Behörden mehr und mehr, die gelben Gewerkschaften grob zu zuziehen und zu begünstigen und den freien Gewerkschaften, wie im alten Dreiklassenstaat, Schwierigkeiten zu bereiten. Aus Anlaß eines solchen Falles veröffentlichten die Berliner Ortsauschüsse der freien Gewerkschaften folgende Erklärung:

Der stellvertretende Vorsitzende des Ortsauschusses Groß-Berlin des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Kollege Fritz Körber, etatsmäßiger Drucker beim Postfachamt Berlin, Bezirksvorstandsmitglied der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft und Mitglied des Bezirksbeamtenauschusses bei der Oberpostdirektion Berlin, ist vom Postfachamt, wo er jahrelang als Drucker tätig war, nach einem kleineren Postamt in Charlottenburg als Postkassierer strafversetzt worden, weil er den gemeinsamen Aufruf der drei freigewerkschaftlichen Berliner Spitzenorganisationen gegen das Zoll- und Steuerrecht an das schwarze Brett des Postfachamts angeheftet hat. Außerdem ist er mit einer Geldstrafe von 10 R. bestraft worden.

Alle Versuche der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft, die in dieser Maßnahme zu erblickende Maßregelung des Kollegen Körber rückgängig zu machen, sind am Widerstand des Präsidenten der Oberpostdirektion gescheitert. Dieser hat bisher alle nationalen Demonstrationen von Beamten wohlwollend gebüdet. Beamten, die als Verteidiger der Republik, der sie die den Treueid geleistet haben, erkennbar werden und sich gewerkschaftlich betätigen, werden dagegen die größten Schwierigkeiten bereitet.

Die Maßregelung des Kollegen Körber nach einer fünfzehnjährigen Beschäftigung in dieser Dienststelle wirkt um so unangenehmer, weil in ihr zugleich eine Rechtsverletzung erkannt werden muß, und weil für sie vor allem auch politische Gründe maßgebend gewesen zu sein scheinen.

Das Vorgehen gegen den Kollegen Körber muß also als Angriff gegen die gesamte freigewerkschaftliche Arbeitnehmerbewegung Berlins angesehen werden.

Die unterzeichneten freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen Berlins bezeugen dem Kollegen Körber ihre Solidarität und werden alles tun, um die von seiner Gewerkschaft anzuwendenden Mittel gegen diese Maßregelung wirksam werden zu lassen.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Ortsauschuß Berlin.  
gez. Steffelbauer.  
Ortsauschuß Berlin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.  
gez. Sabath.  
Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortsstelle Berlin.  
gez. Flatau.

### Die Berliner Eisenbahner zur Lohnbewegung.

Am Montag fand in den Reibitz-Festtagen eine stark besuchte Funktionärerversammlung der Ortsgruppe Berlin des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands statt. Winkler streifte noch einmal kurz die bisher gepflogenen Verhandlungen und den Ausgang der Schlichtungsverhandlungen. Als unerhört wurde die Ausrufung des Vertreters des Generaldirektors Dormmüller bezeichnet, der eine allgemeine Lohnerhöhung abhängig macht von der üblichen Tarif-erhöhung. Enttäuschung wurde ausgelöst, als bekannt wurde, daß eine Gehaltserhöhung nach Mitteilung Dr. Vuthers ausbleibe, weil bereits Maßnahmen für eine Preisentzug getroffen seien?

Die Diskussion war eine sachliche, aber auch eine sehr lebhafte. Der Willensausdruck der Funktionäre wurde in nachfolgender Resolution zusammengefaßt:

Die am 7. September 1925 tagende Funktionärerversammlung der Ortsgruppe Berlin des Einheitsverbandes beschäftigte sich eingehend mit dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen über eine Gehalts- und Lohnerhöhung. Sie billigt das Vorgehen der Organisationsleitung und ersucht sie, auch weiter mit aller Energie zu versuchen, eine allgemeine Lohn- und Gehaltserhöhung durchzusetzen.

Als unerhört weist aber die Versammlung den Versuch des Herrn Dr. Homberger zurück, die Öffentlichkeit durch den Rundfunk zu beeinflussen, gegen die berechtigten Forderungen der Eisenbahner Stellung zu nehmen. Sie erwartet von den Behörden, daß sie einen solchen Mißbrauch des Rundfunks unterbinden.

Die inzwischen aus sehr durchsichtigen Gründen von der Verwaltung angeordnete Erhöhung der Ortslohnzulage ist völlig ungenügend und nicht geeignet, die Notlage des Personals zu bessern.

Die Versammlung fordert deshalb vom Vorstand des Einheitsverbandes, daß alle Verhandlungswege zur Erreichung unserer Forderungen beschritten werden, aber auch sonst alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, den gemeinsam von Reichsbahnverwaltung, Regierung und Schwerindustrie uns ausgehenden Kampf erfolgreich zu beenden. Die Funktionäre des Einheitsverbandes verpflichten sich, zur Unterstützung der Verbandsleitung alle Eisenbahner, Lohn- und Gehaltsempfänger, unter das Banner der Einheitsorganisation zu sammeln.

### Wozu die Reichsbahn Geld hat.

Die Reichsbahn benutzt nicht nur die bürgerliche Presse, um den Leuten einzureden, sie habe kein Geld zur Erhöhung der elenden Löhne und Gehälter der Eisenbahner und der unteren Beamten. Sie schreit uns das jetzt sogar durch den allzu willigen Rundfunk in die Ohren. Daß für die hohen und höchsten Beamten der Reichsbahn Millionen zur Verfügung stehen, um ihre Bezüge mehr als zu verdreifachen, haben wir bereits festgestellt.

Diese Freigebigkeit der Reichsbahndirektion gegenüber dem Spitzenpersonal hat offenbar bei diesem den Eindruck erweckt, daß für sie nichts zu teuer ist. So hat der neue Präsident der Reichsbahndirektion Berlin, Stapf, die Reuerung eingeführt, daß selbst zu kleinsten Inspektionsreisen ein Extrazug nebst Speisewagen zu seiner Verfügung gestellt werden muß. Zu einer Besichtigung der Verschiebebahnhöfe von Buxtehude und Seddin, die am 12. August stattfand und insgesamt mit Hin- und Rückfahrt 5 Stunden und 20 Minuten dauerte, brauchte der Reichsbahnpräsident Stapf einen Extrazug, bestehend aus Lokomotive, Postwagen, Salonwagen und Speisewagen. Es braucht wohl nicht gesagt zu werden, daß alle anderen Züge zu halten haben, wenn

der Extrazug des Präsidenten kommt. Ein anderer Extrazug wurde am 29. August abgefahren, bestehend gleichfalls aus Lokomotive, Postwagen, Salonwagen und Speisewagen, um dem Herrn Reichsbahnpräsidenten Stapf zu ermöglichen, die Reparaturwerkstätte in Kirchmöser, die zur Reichsbahndirektion Magdeburg gehört, sich anzuschauen. Die entsprechenden Anweisungen auf telegraphischem Wege nebst Fahrplan für diesen Extrazug gingen an alle Bahnhöfe, Bahnmeistereien, Betriebswerke usw.

Der billige Extrazug ohne Post- und Speisewagen kostet 600 Mark. Wir wissen nicht, ob der Reichsbahnpräsident Stapf diese Reuerung eingeführt und insbesondere einen Speisewagen mitgeführt hat, um entsprechend dem Rundschreiben des Generaldirektors der Reichsbahngesellschaft an die Herren Präsidenten der Reichsbahndirektionen, datiert vom 9. Juni 1924, die völlige „Unabhängigkeit gegenüber den Bahnwirten“ zu wahren.

„Es ist naheliegend“, heißt es in dem Rundschreiben, „daß manche Wirte glauben, durch reichliche Darbietung von Speisen und Getränken und Berechnung geringer Preise sich das Wohlwollen der Beamten erhalten zu müssen.“ Wir nehmen an, daß der Generaldirektor Grund zu seinem Rundschreiben hatte. Ob aber deshalb Extrazüge im Lande herumfahren müssen, ist eine andere Frage.

### Schlichtungsverhandlungen im Eisenbahnerkonflikt.

Die neuen Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Lohnkonflikts zwischen der Reichsbahn und den Eisenbahnerbeamten werden am Donnerstag im Reichsarbeitsministerium beginnen. Der neue Schlichter ist noch nicht ernannt, da die Zustimmung der in Aussicht genommenen Persönlichkeit bisher noch nicht beim Reichsarbeitsministerium eingelaufen ist.

Die Organisationen der Eisenbahnbeamten haben am Dienstag nochmals zu der durch die ablehnende Haltung des Hauptverwaltungsrates in der Befoldungsfrage geschaffenen neuen Situation Stellung genommen. In der Aussprache wurde der Mißbrauch des Berliner Rundfunks durch die Reichsbahngesellschaft, die durch den Vortrag des Reichsbahndirektors Dr. Homberger während der Vorbereitung eines neuen Schlichtungsverfahrens die Öffentlichkeit einseitig zu beeinflussen versuchte, scharf kritisiert. Die Eisenbahnbeamtenorganisationen wollen zunächst den Ausgang des Lohnkonflikts bei der Reichsbahn, d. h. das Ergebnis der neuen Schlichtungsverhandlungen abwarten, bevor sie in der Befoldungsfrage einen Schritt weitergehen.

### Die Lohnverhandlungen bei der Reichspost.

Die Verhandlungen, die am Montag abermals zu keinem Resultat führten, sind bis zur Erledigung der neuen Schlichtungsverhandlungen zwischen Reichsbahn und Eisenbahnerbeamten vertagt worden. Die Reichspost will jedoch mit den Organisationen unabhängig von der Frage der allgemeinen Lohnerhöhung einseitig die Erhöhung der Ortslohnzulage vornehmen. Es handelt sich hier nicht wie bei der Reichsbahn um die einseitige Festsetzung von Ortszuschlägen durch den Unternehmer, auch nicht um einen Erfolg für die allgemeine Lohnerhöhung, wie die Reichsbahn das will, sondern lediglich um eine Vorwegnahme der Ortszulagenregelung, die sonst nach der allgemeinen Lohnerhöhung hätte erfolgen müssen. Im übrigen erklärt die Reichspost, daß sie die Notwendigkeit einer allgemeinen Lohnerhöhung anerkenne, sie jedoch gegenwärtig nicht vornehmen könne, weil ihr durch die Reichsregierung die Hände gebunden seien.

### Um die Erhöhung der Beamtenbefoldung.

Die Spitzenorganisationen der Beamenschaft wollen im Laufe der Woche nochmals zu einer Beratung zusammenkommen, um darüber zu entscheiden, ob man in den nächsten Tagen von neuem an das Reichsfinanzministerium herantreten soll. Der Sinn dieses Planes ist, der Reichsregierung nochmals die Dringlichkeit einer Gehaltserhöhung mit besonderem Nachdruck zu Gemüte zu führen. Wie notwendig ein solcher Schritt ist, zeigen die an allen Ecken und Enden in der Presse auftauchenden Meldungen über Notstandsaktionen zugunsten der unteren und mittleren Beamenschaft zur Beschaffung von Winterborstern u. dergl. Die gesamte Öffentlichkeit erkennt die Notlage der breiten Schichten der Beamenschaft an; das Reichsfinanzministerium aber ist entsetzt, wenn es hört, daß man in Preußen von parlamentarischer Seite aus einen Druck auf die Staatsregierung ausüben will, damit Preußen in Verbindung mit dem Reich eine Notstandsaktion zugunsten der unteren und mittleren Beamten einleitet. Statt zu helfen, sorgt das Reichsfinanzministerium dafür, daß alle Nachrichten über Hilfsaktionen für die Beamenschaft schnell demontiert werden.

### Die Forderungen der Metallangestellten.

Die Fachgruppe Metallindustrie des Zubat hielt am Montag in Haverlands Festtagen eine stark besuchte Mitgliederversammlung ab. Der Ortsgruppenleiter Günther, der über das Thema „Was soll in der Metallindustrie geschehen?“ referierte, führte aus, daß seit Januar 1925 keine Veränderung der Gehälter der in den Metallbetrieben beschäftigten Techniker stattgefunden habe. Im Mai sei ein Schiedsspruch erzielt worden, der eine Gehaltserhöhung von 5 Proz. vorsah. Trotzdem dieser Schiedsspruch für verbindlich erklärt wurde, lehnten die Arbeitgeber die Durchführung des Schiedsspruches ab mit der Begründung, daß Formfehler vorgekommen seien, er reichte die Feststellungslage ein und am 24. September wird der erste Termin in dieser Angelegenheit stattfinden. Die Angestellten brauchen sich von der Durchführung dieser Klage nicht die geringste Hoffnung machen, denn selbst bei einem obliegenden Urteil würden die Arbeitgeber die Angelegenheit in allen Instanzen durchziehen, was mindestens ein Jahr in Anspruch nehmen würde.

Es seien in den Gehaltsangelegenheiten neue Verhandlungen bevorstehend. Man müsse die Behauptung, daß die Techniker an der Durchsetzung im Tarif nicht interessiert seien, weil sie Leistungszulagen erhielten, als vollkommen irreführend zurückweisen, denn die Leistungszulagen, die gezahlt würden, seien einmal minimal und dann würden sie sofort bei rückgängiger Konjunktur zurückgezogen. Wenn die Arbeitgeber mit der Behauptung kommen, daß sie eine „individuelle“ Bezahlung erstreben, gegenüber dem „Schematismus“ des Tarifvertrages, so sei darauf zu erwidern, daß das Leistungsprinzip keine Sicherheit gewähre, sondern daß Tarifvereinbarungen unbedingt notwendig seien. Günther hält die Inanspruchnahme staatlicher Schlichtungsinstanzen

für vollkommen wertlos. Wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft seien, so bleibe für die Techniker nichts anderes übrig als die letzten gewerkschaftlichen Mittel zu ergreifen. Wenn man wissen wolle, was Klassenkämpfe bedeuten, so müsse man sich ein Beispiel an den Unternehmern nehmen.

Die Diskussion, die sich an diesen Vortrag angeschlossen, unterstrich die Ausführungen des Referenten. Eine einstimmig zur Annahme gelangende Entschließung war ebenfalls in diesem Sinne gehalten.

### Streik der rheinisch-westfälischen Straßenbahner?

Bochum, 7. September. (Ill.) Auf einer Konferenz der rheinisch-westfälischen Straßenbahner wurde folgende Entschließung angenommen: „Raum gegenüber den verschiedenen Lohn-erhöhungswünschen der Straßenbahner die Arbeitgeber und der Schlichter eine ablehnende Haltung eingenommen haben, erklärt die Konferenz, daß sie nicht gewillt ist, noch länger auf die Regelung und Aufbesserung der Bezüge zu warten. Sie beschließt, daß alle Gewerkschaften, welche dem Tarifvertrag der rheinisch-westfälischen Straßenbahner unterstehen, eine Urabstimmung in den Betrieben darüber vorzunehmen haben, ob die Straßenbahner bereit sind, durch Arbeitseinstellung eine Aufbesserung ihrer Lohn- und Gehaltslage herbeizuführen. Den Tag der Arbeitseinstellung zu bestimmen, wird den beteiligten Gewerkschaften und der Streikleitung überlassen. Die Konferenz verpflichtet sich, sich dafür einzusetzen, daß dieser Beschluß restlos zur Durchführung gebracht, und daß nur der Parole der Gewerkschaften und der Streikleitung Folge gegeben wird.“

### Neue Stilllegungen.

Hagen, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Abteilung Letmathe der Bergbau-A.-G. Lothringen, die bereits vor Monaten einen Teil der Belegschaften entlassen hatte, legt jetzt mit Genehmigung der Behörden ihren Betrieb völlig still. Dem Rest der Arbeiter und Beamten wurde zum 15. September gekündigt.

Kattowitz, 8. September. (WB.) Die „Ostdeutsche Morgenpost“ meldet: Zweck erheblicher Einschränkung des Gesamtbetriebes sind im Antonienhütter Bergbaurevier zum 1. Oktober Massenentlassungen ausgesprochen worden. Bisher hatte das Antonienhütter Revier die Abjaggschwierigkeiten am wenigsten zu spüren bekommen.

### Die unrühmliche Rolle Cooks.

Bochum, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Die „Vergarbeiter-Zeitung“, das Organ des Deutschen Vergarbeiterverbandes, nimmt in äußerst scharfen Ausführungen gegen den englischen Vergarbeiterführer Cook, dessen kommunistische Tendenzen bekannt sind, Stellung. Cook hatte kürzlich in seiner Rede im Saalbau in Essen vom Deutschen Vergarbeiterverband und speziell dessen Vorsitzenden Hufemann behauptet, daß er die Interessen der deutschen Vergarbeiter schädige. Die „Vergarbeiter-Zeitung“ schreibt, daß Cooks unerschämte Rede eine Sammlung von Plattheiten, Dummheiten und Frechheiten darstelle. Es sei zu hoffen, daß Cook, der seine gewerkschaftliche Stellung in schlimmster Weise mißbraucht habe, wenn er behauptete, im Namen der englischen Vergarbeiterföderation zu sprechen, das letztemal auf deutschem Boden gestanden habe.

### Vom englischen Gewerkschaftskongress.

London, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Im Mittelpunkt der Dienstagssitzung des Gewerkschaftskongresses stand die Frage der Ausdehnung der Machtbefugnisse des Generalrates der englischen Gewerkschaften. Zur Beratung stand eine Entschließung, die dem Generalrat praktisch diktatorische Befugnisse und das Recht verliehen sollte, von sich aus zur Unterbrechung einer streikenden Gewerkschaft die Arbeitsniederlegung anderer Gewerkschaften zu verfügen. Diese Entschließung wurde vom linken Flügel unterstützt, während die Führer verschiedener großer Gewerkschaften starke Bedenken gegenüber der geplanten Ausdehnung des Selbstbestimmungsrechtes einzelner Gewerkschaften äußerten. Im Laufe der Aussprache kam es zu einem erregten Wortwechsel zwischen dem kommunistischen Führer des Vergarbeiterverbandes Cook und dem Führer der Eisenbahner Thomas. Schließlich beantragte der Kongress den Generalrat mit dem Studium der zur Debatte stehenden Frage. Der Bericht über das Ergebnis soll dann einem besonders hierzu einberufenen Kongress der Exekutivkommission des Generalrats angeschlossenen Gewerkschaften erstattet werden.

### Die Bankbeamten in Frankreich streiken weiter.

Paris, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen, die der französische Arbeitsminister zur Beilegung des Streiks eingeleitet hatte, wurden am Dienstag unterbrochen. Die Bankangestellten haben daraufhin einstimmig beschlossen, den Streik fortzusetzen. Um die Beilegung des Streiks, der nun schon 8 Wochen dauert, zu erreichen, beabsichtigt der Arbeitsminister ein Schiedsgericht zusammenzubringen. Unter Vorsitz eines Vertreters der Regierung soll ihm je ein Vertreter der Angestellten und der Bankleitungen angehören. Es erscheint aber zweifelhaft, ob die Bankleitungen dem Vorschlag eingehen werden, nachdem sie bisher einen so entschiedenen Widerspruch abgelehnt haben.

Verband der Maier, Mitgliederversammlung am Freitag, 11. September, 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Unter Lohstrasse. Bericht vom Gewerkschaftskongress, Diskussion und Beschlüsse. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für Inhalt: Schriftf. Leiter: Schriftf. Leiter: Walter Salomon; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Glöck; Anzeigen: A. B. Böcker; Lokales und Sonstiges: Reichs-Rundfunk; Anzeigen: H. B. Böcker; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Berlin G. m. b. H., Berlin, Brand: Hermanns-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 11, Lindenstraße 1. Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

## Die Verrufenen

GUMMI-MÄNTEL für Herren, Damen und Kinder, vorrätig und nach Maß. Peterlino und Windjacken Spezialgeschäft Weinheber, Petristr. 5, an der Gertraudenstrasse

**immer ein guter Wurf**

# MAGGI'S Fleischbrüh-Würfel

zur sofortigen Herstellung einer schmackhaften Fleischbrühe



Würfel 4 Pfg.

# Um die Charlottenburger Wasserwerke

Die Berliner Stadverordnetenversammlung sollte gestern in ihrer ersten Sitzung nach den Sommerferien über die vom Magistrat beantragte Uebernahme der Wasserversorgung von Schöneberg und Steglitz und danach auch von Friedenau und Grunewald beschließen. Infolge der Unfähigkeit der privaten Gesellschaft Charlottenburger Wasserwerke, die zu ihrem Versorgungsgebiet gehörenden Orte ausreichend zu beliefern, forderte die sozialdemokratische Fraktion schon im Juni vom Magistrat, schleunige Schritte zur Abhilfe. Gestern kamen die Deutschnationalen mit einem Verschleppungsmanöver, das ihr Redner Steiniger so eigenartig begründete, daß die Charlottenburger Gesellschaft ihre Freude daran haben wird. Unser Genosse Prolat wies darauf hin, wie sehr ihr, die der Stadt mögliche Schwierigkeiten machen möchte, mit solchen die Stadt schädigenden Ausführungen des deutschnationalen Redners gebietet ist. Als auch Oberbürgermeister Böß feststellte, wie wenig Herr Steiniger den Vorteil der Stadt zu wahren bemüht habe, wehrte Herr Steiniger sich mit einer Anrempelung des Oberbürgermeisters, die ihm einen Ordnungsruf eintrug. Die Verschleppung gelang den Deutschnationalen, so daß die Entscheidung noch hinausgeschoben ist.

Nach einer Sommerferienpause von mehr als zwei Monaten trat gestern die Stadverordnetenversammlung in die Erledigung ihrer Geschäfte wieder ein. Der Beratungstoff hatte sich stark angehäuft; auf der Tagesordnung für die beiden ersten auf Dienstag 6 Uhr und Donnerstag 4½ Uhr angelegten Sitzungen stehen nicht weniger als 70 Gegenstände.

Der Vorsitzende Genosse Hoff eröffnete die gestrige Sitzung um 6½ Uhr mit einer Begrüßung der aus den Sommerferien zu neuer Arbeit zurückgekehrten Mitglieder und gedachte sodann des am 11. August hiesigjährig verstorbenen Stadtältesten Geheimen Baurats Krauß, dessen große Verdienste um das Berliner Tiefbauwesen er nachdrücklich hervorhob. Die Versammlung hörte den Nachruf stehend an. — Für den aus der Versammlung geschiedenen Stadverordneten Reder (Z.) ist Pfarrer Lichtenberg-Charlottenburg eingetreten. — In der nächsten Woche finden (auch mit Rücksicht auf unseren Heibelberger Parteitag) keine Sitzungen statt. — Nachdem die Abänderung der Befolungsordnung und der damit in Verbindung stehende Antrag der Demokraten und des Zentrums wegen Neufestsetzung der Gehälter der Nichtfachstadträte dem Haushaltsausschuß nochmals überwiesen worden war und auch die neue Hundesteuervorlage diesem Ausschuß übergeben war, erreichte die Versammlung zunächst der Sitzung für das Verkehrswesen in der ihr vom Ausschuß gegebenen Fassung ihre Zustimmung und wandte sich dann der Angelegenheit der

## Charlottenburger Wasserwerke

zu. Die schweren Kalamitäten, denen die Bewohner einer Reihe westlicher Vororte in den heißen Julimochen wegen des völligen Versagens der Wasserversorgung ausgelegt gewesen sind, haben in der Bevölkerung größte Beunruhigung und das allgemeine Verlangen hervorgerufen, daß von Stadt wegen Remedur geschaffen werde. Schon am 20. Juni lag der Versammlung der Antrag unserer Genossen vor, den Magistrat zu ersuchen, die Wasserversorgung von Schöneberg und Steglitz durch die städtischen Wasserwerke L. G. auszuführen zu lassen und die Beträge der Charlottenburger Wasserwerke mit Friedenau und Grunewald zum ersten zulässigen Termin zu kündigen. Ein Antrag der Demokraten forderte am 1. Juli auch die Kündigung, wollte aber für Schöneberg und Steglitz nur unzureichliche Vorbereitungen für eine gerechte Wasserversorgung durch die städtischen Wasserwerke in Angriff genommen wissen. Am 26. Juni bereits hatten die Kommunisten einen Antrag eingebracht auf unverzügliche Inangriffnahme der Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke. Am 29. August kam dann die Magistratsvorlage, die das Einverständnis der Versammlung zur Uebernahme der Wasserversorgung von Schöneberg und Steglitz durch Berlin und zur Kündigung der beiden anderen Verträge nach-

sucht. Am 1. September hat der für die Anfrage eingesetzte Ausschuß zugestimmt und außerdem vorgeschlagen, den Magistrat zu ersuchen, unverzüglich für die Herstellung eines großen Druckrohres zu sorgen, durch das Schöneberg und Steglitz Wasser zugeführt werden kann.

Die Beratung nahm einen eigentümlichen Verlauf. Nachdem der Demokrat Dr. Michaelis als Referent für den Ausschußbeschuß eingetreten war, begründete der Demokrat Dove einen Zusatzantrag, wonach der Magistrat die Verhandlungen mit den Charlottenburger Wasserwerken fortsetzen und, falls sie nicht zu einem befriedigenden Abschluß führen, der Versammlung eine eingehend begründete Vorlage wegen Anlage des Druckrohres machen soll. Dr. Steiniger (Dnat.) beantragte Zurückweisung der ganzen Materie an den Ausschuß, da die Charlottenburger Werke zwar Konzessionsrechte besäßen, die ihnen nie hätten zugebilligt werden dürfen, die sie nun aber eben besäßen, und die also respektiert werden müßten; man würde sonst mit dem Ausschußbeschuß einen Sprung ins Dunkle tun, man habe auch gar kein Recht, wegen mangelnder Voraussicht gegen die Aktiengesellschaft Vorwürfe zu erheben. Müller-Franken (Wp.), Dr. Schmidt (Z.) und v. Spner (D. Sp.) schlossen sich dem Antrag Steiniger an. Mit großer Schärfe ging Genosse Prolat der Argumentation des Dr. Steiniger zu Leibe. Es sei

vollkommen unverständlich, wie ein früherer Rämmerer Berlins gerade in diesem Moment durch solche Ausführungen die Positionen Berlins zu schwächen unternehmen könne.

In den Verhandlungen hätten die Charlottenburger Werke ihren Standpunkt mit unglaublicher Arroganz vertreten, man wisse ja, daß sie zu den Behörden und zu gewissen Parteien die besten Beziehungen unterhielten. Die Werke seien darauf aus, daß man ihnen eine bereits abgekauftene Konzession nochmals abkaufen solle. Das Druckrohr der Werke liegt seit 40 Jahren; jetzt werde gesagt, es sei unzerfänglich, und so solle Berlin vor die Notwendigkeit gestellt werden, ein neues Druckrohr zu legen. Zugleich hoffte man, daß die Stadverordnetenversammlung die Kosten dafür zu bewilligen sich weigern werde und dann Berlin gezwungen sei, auf die Konzessionsverlängerung einzugehen. Das sei weder im Interesse Berlins noch der Bewohner von Steglitz und Schöneberg zu verantworten. Es sei doch einfach skandalös, wenn bei dieser Kapitalnot ein vorhandenes Rohrnetz herausgerissen würde, nur um die Stadt Berlin zu verärgern. Die Stadt Berlin sei in der Lage, die beiden Bezirke zum 1. April 1926 zu übernehmen; da müsse mit den Vorarbeiten alsbald begonnen werden. — Zu einem überaus scharfen Zusammenstoß kam es dann noch zwischen dem Oberbürgermeister und Dr. Steiniger. Oberbürgermeister Böß hielt für möglich und glaubte, voraussetzen zu dürfen, daß Dr. Steiniger bei seinen Ausführungen das Wohl der Stadt im Auge gehabt habe, er fürchtete aber, das Gegenteil werde eintreten. Diese Ausführungen hätten stark an diejenigen erinnert, die Dr. Steiniger bei der Aufwertungsfrage im Reichstag und im Staatsrat gemacht habe. Der ganze Fragenkomplex sei bereits aufs gründlichste erörtert worden. Sehr vom hohen Pferde herab lehnte Dr. Steiniger jede Verantwortung vor dem Forum des Oberbürgermeisters ab; wenn dieser den Rat gewinnen sollte — zweimal habe er ihn nicht gehabt —, im Staatsrat gegen ihn das Wort zu nehmen, so werde er ihm dort Rede stehen. Wenn der Oberbürgermeister soeben es wogte, einem Mann wie ihm, einem früheren Berliner Rämmerer, zu sagen, er glaube voraussetzen zu dürfen, daß er das Wohl der Stadt im Auge gehabt habe, so habe er (Redner) nicht die Absicht, sich mit ihm über diesen Tiefstand seiner „Voraussetzungen“ auseinanderzusetzen. Während der Beifall der Deutschnationalen folgte dieser „Abfuhr“. Der Vorsitzende Hoff erteilte Dr. Steiniger wegen der letzten Äußerung einen Ordnungsruf und hielt ihn auch gegen den kürzlichen Protest der Rechten ausreicht, erklärte aber schließlich, aus dem amtlichen Stenogramm sich vergewissern zu wollen, wie die Äußerung wirklich gelaute habe. Oberbürgermeister Böß stellte noch in Aussicht, daß er im Staatsrat, wo er nur mit Rücksicht auf die Geschäftslage auf das Wort verzichtet habe, Herrn Dr. Steiniger ausförmlich entgegenzutreten werde.

In der Abstimmung fiel der Antrag Steiniger mit 94 gegen 84 Stimmen

der sämtlichen bürgerlichen Parteien; mit der gleichen Mehrheit der Antrag der Demokraten. Für den kommunistischen Antrag stimmten nur die Antragsteller. Der Ausschußantrag gelangte mit derselben Mehrheit zur Annahme.

Von Koch (Dnat.) wurde hierauf eine dritte Lesung verlangt, von der Mehrheit aber dieses Verlangen abgelehnt. Nun machten die Herren rechts geltend, daß die Magistratsvorlage noch nicht zwei Lesungen passiert habe. Diesem formalen Einwand wurde stattgegeben: die zweite Lesung soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

Gegen die Bewilligung einer Unterstützung von 20 000 M. an den Verein „Hoffnungsschat“ zum Bau eines Altersheim für den Kintorf und Frau Rosenthal vergeblich Sturm, die Bewilligung wurde beschloßen. — Die Abänderung der Satzung für das Kunst- und Bildungswesen führte zu einer kurzen Erörterung, in deren Verlauf der Oberbürgermeister Böß mittelte, daß die Frage der Bestellung eines städtischen Kunstwarts bereits von der Kunstdeputation beraten werde. — Die Bewilligung von einmaligen Unterstützungen an abgebaute nichtständige Angestellte hatte der Magistrat schon vor den Ferien beantragt und in Anbetracht der Dringlichkeit inzwischen die Zahlung veranlaßt. Vom Gen. Flatau wurde mit Bezugnahme auf einen schon im Dezember 1924 eingebrachten Antrag Heimann nachdrücklich die Ausdehnung dieser Hilfsaktion auf die städtischen Arbeiter gefordert und ein entsprechender Antrag gestellt. Stadtrat Gen. Brühl hielt die Anzahl der in Betracht kommenden Arbeiter für gering, hatte aber entl. nichts gegen die Ausdehnung einzuwenden. Die Versammlung nahm die Magistratsmitteilung zur Kenntnis und übermies den Antrag Flatau nebst einem kommunistischen Antrage zum gleichen Gegenstand kommissarischer Beratung. Um 9 Uhr wurden die Verhandlungen auf Donnerstag 15 Uhr vertagt.

## Der „Graf von Walges“

### Die Geschichte eines Giftmordes am Teufelsberg

Eine sonderbare Angelegenheit, die sich wie ein Hintertreppentoman liest, beschäftigt zurzeit die Berliner Kriminalpolizei.

In der Nachkriegszeit trat in allen Gegenden Deutschlands, in Oesterreich, Italien, Holland und Litauen ein etwa 45 Jahre alter Mann, der teils allein, teils in Begleitung seiner aus Frau und 3—4 Kindern bestehenden angeblichen Familie ein unstetes und abenteuertes Wanderleben führte und der sich bald Ragels, bald Bagels, bald Walges oder von Walges, bald Graf von Walges nannte. Er gab für gewöhnlich an, in Dienjahren geboren und dort in der Nähe staatlicher Förster gewesen zu sein. Er habe unter Hinterlassung seiner gesamten Habe mit Familie aus Lothringen flüchten müssen, nachdem er einen schwarzen französischen Soldaten niedergeschlagen habe; irgendwelche Ausweispapiere besaß der Mann nicht. In Berlin zog der angebliche Walges zuerst im Mai 1921 als fremd von Diebshöfen kommend zu und ist seitdem mit Unterbrechungen bis 1925 gemeldet gewesen. Die Angaben der in sehr dürftigen Verhältnissen lebenden gräflichen Familie begegneten selbstverständlich überall berechtigten Zweifeln, ohne daß es den Bemühungen der Polizei- und Gerichtsbehörden gelangen war, sich Aufklärung über die wahre Persönlichkeit des Ragels oder Bagels zu verschaffen. Dabei hatte es der angebliche Graf trotz seiner offenbar nur geringen Bildung verstanden, mit allen möglichen Persönlichkeiten in Beziehung zu treten und überall aus dem Märchen über seine Flucht aus Lothringen Kapital zu schlagen. Auf diese Weise hat die Familie anscheinend nicht nur von religiösen Verbänden, z. B. von katholischen Klöstern, sondern auch von den amtlichen Fürsorgestellen Unterstützungen erhalten. Ein ehemaliger regierender deutscher Fürst wollte dem vertriebenen Grafen eine Anstellung als Förster auf seinen Besitzungen verschaffen und unterstützte ihn außerdem durch Barmittel. Die Kinder des angeblichen Grafen fanden monatelang als „Komtessen von Walges“ Untertommen auf dem Schloße einer Baronin in Kärnten und ebenso auf der Besitzung eines österreichischen Staatsministers, der auch „Seiner Hochgeboren“ über das Wohlergehen seiner Kinder berichtete, von sich und anderen Mitgliedern des Ministeriums aus einen namhaften Geldbetrag zur Unterstützung der bedauernswerten Grafenfamilie überbande und in Aussicht stellte, daß er sich für „Seine Hochgeboren“ auch bei den maßgebenden deutschen Amtsstellen verwenden werde. — Vor einigen Monaten tauchte bei der Berliner Kriminalpolizei der Verdacht auf, daß sich unter dem zurzeit in Friedrichsfelde im Laubengrunde mit Familie gemeldeten angeblichen Grafen eine seit längerer Zeit gesuchte

## Das unbegreifliche Ich.

29] Geschichte einer Jugend.  
Roman von Tom Kristensen.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von F. E. Vogel.)

„Etsch, das ist die Jugend!“ flüsterte Charles.  
Über das ließ mich fast. Ich kannte jetzt seine Schwäche und war nun außerhalb seines Machtbereichs.  
In den Bausen verhöhlte die Klasse ihn, und sein verächtliches Lächeln wurde zum Gesloch. Er bekam alle Falten an beiden Seiten des Mundes.  
Ich befand mich mit in dem Auflauf, der sich um ihn bildete und genoh meinen Sieg, obgleich er teuer erkauft war; aber meine Kameraden feierten mich nicht, denn obgleich es als eine Tat galt, daß ich dem Lehrer eine unverständliche Antwort gegeben hatte, verstanden sie mich doch nicht.  
Als ich nachgefessen hatte und auf die Straße kam, fand Charles da. Er war zu Hause gewesen und nach einer Stunde wieder zur Schule zurückgegangen, um mich abzufragen. Der Nachgeburt hatte seine Faulheit besiegt.  
Ein paar Straßen entlang ging es in starkem Lauf, und da er wachte, wo ich wohnte, versuchte er, mir den Nachhauseweg abzuschneiden. Ich lief hin und her, aber da er mir andauernd den Weg versperrte, faßte ich einen Entschluß und lief auf Strandbojen hinaus, ganz weit hinaus, bis er die Verfolgung aufgeben mußte.  
Ich kam erst zwei Stunden nach Schluß nach Hause und wurde zu meiner großen Ueberraschung gestraft. Plötzlich hatte Mutter einen pädagogischen Einfall bekommen, und ich erhielt nicht die Erlaubnis, nach unten zu gehen. Das wirkte auf mich wie etwas Unverständliches.  
In der Schule wurde Charles sehr verblüfft über die Wendung, die in seiner Stellung mir und der Klasse gegenüber eintrat; aber ich arbeitete eifrig an ihrer Verschlechterung. Gerade das Wort: unechtes Kind, das ich am meisten fürchtete und worüber ich, wenn ich mich allein befand, erröten konnte, mußte ich festhalten. Es war gleichsam, als ob man gezwungen würde, die Hand in einen Busch Brennesseln zu stecken. Doch ich griff zu und schleuderte das brennende Wort ihm gerade entgegen.  
Ich verwertete meine jüngste Fähigkeit und zeichnete ein Porträt von ihm. Ich machte verschiedene Versuche, bis ich eine gute Karikatur fertig brachte mit runden, schwarzen angeklebten Lippen, und dann schrieb ich darunter: „Das soll

ein unechtes Kind vorstellen“ und ließ es in der Klasse herumgehen.

In den Bausen ergriff ich jede Gelegenheit, um zu sagen: „Da steht das unechte Kind“ und das Wort wurde abgekürzt, man konnte so natürlich und leicht sagen: „Ja, das Unchte ist heute zu spät gekommen.“

Eines Morgens kam Charles im allerletzten Augenblick durch die Schulkür gestürzt und erreichte gerade noch die Reihe, wo wir aufgestellt standen, bevor es ausgeläutet hatte.

Ich stand zuletzt und er war deshalb genötigt, sich neben mich zu stellen. Er stöhnte und nahm die Mühe ab, um die nasse Stirn zu fühlen, als ich plötzlich einen Blick auf sein Haar warf. Es war schlecht pomadisiert, und einige Locken mit tölichem Glanz schimmerten zwischen den schwarzen hervor.

„Und dann bist du noch dazu rothaarig!“ rief ich.

Ein paar von den anderen drehten sich um.

„Er hat keine Zeit gehabt, sein Haar zu färben, er ist durch und durch unecht!“ jagte ich eifrig.

Es entstand Unruhe in der Reihe, wo die Klasse zu je zweien und zwei aufgestellt war. Eine Welle von Bewegung ging durch sie hindurch, und dann wurden die Köpfe herumgedreht, einer nach dem anderen, die ganze Reihe entlang.

„Charles ist rothaarig! Das Unchte ist rothaarig!“ flüsterte es, und ich genoh den Kampf zwischen dem Namen und dem Spitznamen, der mir selbst gedroht hatte.

„Du heißt gewiß nicht umsonst Unchtes!“ rief ich mit jähem Hohn; aber ich sah ihm nicht in die Augen. Ich lehrte ihm das Profil zu und fühlte auf diese Art meine Absichten und meine innere Angst verdeckt.

Charles war hilflos.

Den ganzen Tag lang tönte es mit „Roter“ und „Unchtes“ ihm um die Ohren.

Ich gefellte mich zu dem langen Christian mit den großen Häuten.

„Du Christian, das ist ein guter Name, den du Charles gegeben hast, er ist unecht!“ schmeichelte ich.

„Ja, nicht wahr!“

Und von diesem Augenblick an brüllte der lange Christian den Spitznamen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit. Er prählte damit wie mit einer überirdisch klugen Erfindung, und da er sehr kräftige Arme hatte, machte der Einfall, der jetzt als seiner galt, sein Glück in der Klasse.

Aber auch mein Ansehen stieg bei der Klasse. Ich wurde gefährlich, weil ich meine Kameraden zum Gespött machte. Das Gelächter war meine neue Waffe, und ihre Beschmei-

heit und Unberechenbarkeit eignete sich gut für einen Jungen ohne Kräfte.

Das Lachen wurde jetzt mein Gebiet. Ich spielte den Einfältigen, bloß um die anderen um mich herum zum Lachen zu bringen. Ich stolperte über meine eigenen Beine; ich lief wie aus Versehen gegen die Erwachsenen, ich fiel über den Rinnstein und schlug mit der Stirn gegen den Laternenpfahl, und stets hatte ich ein paar Kameraden bei mir, die über jeden kleinen Einfall losbrüllten. Es wurde mir zu einer Art Kauf, mich so aufzuführen, und selbst wenn ich allein war, konnte ich das Bedürfnis fühlen, zu schelen und zu glohen. Ich wollte klug und gleichzeitig einfältig sein, ein Held im Verborgenen.

Zuweilen ahnte ich, daß ich so auch als Erwachsener werden würde. Befah man Kräfte, war es kein Kunststück, ein Held zu sein, aber befah meine keine, mußte man sich des Lachens bedienen.

Hin und wieder glückte es mir, meine Kameraden anzustechen, so daß ganze Berrücktheitsepidemien in der Klasse ausbrachen. Wir gingen in einer Reihe die Desterbrogade entlang, und wenn wir einem Herrn begegneten, der zerstreut ausah, grüßten wir alle auf einmal. Das war ein beliebter Sport, und die verblüfften Gesichter, die unsere Opfer machten, brachten uns noch eine ganze Weile lang zum Lachen. Wenn noch dazu ein Herr wiedergrüßte, kannte unsere Freude keine Grenzen.

Ich führte sie an, wie in einem Kauf; aber zuweilen ereignete es sich, daß sich der Kauf mitten während des größten Vergnügens plötzlich verflüchtete, und dann wurde ich ohne erklärlichen Uebergang schen und artig und zog mich zurück.

Mit dem Gelächter besiegte ich alles, selbst die häßliche Wahrheit über Mann und Frau. Hier war bloß ein neues Wirkungsmittel. Hier war das Lachen auf meiner Seite.

Schließlich verloren alle die Ausdrücke ihre Zauberkräft für mich. An die Wirklichkeit dachte ich nicht mehr. Ich befand mich nur in einem Haufen von Jungen und gebrauchte alles, was ich fand, als Stoff für die neue Art von Phantasien, die ich um mich schleuderte, um das Lachen zu ernten.

Im Zwischenstock unseres Hauses wohnten zwei Schwestern, für die ich ein außerordentlich reges Interesse gefaßt hatte. Es waren Zwillinge, und sie hatten beide rotbraunes Haar und viele Sommerprossen; aber sie gingen besser gekleidet als die anderen. (Fortsetzung folgt.)





serigen Einfuhrorganisationen der beiden Gruppen erreicht werden. Durch die Uebertragung der Erdöl-Produktionsbetriebe der Deutschen Erdöl A.G., welche den wesentlichen Teil der deutschen Mineralölherstellung umfassen, auf die Deutsche Petroleum A.G., erhält diese einen großen und überaus wertvollen Zuwachs ihrer bisherigen Produktionsgrundlage.

Nachdem die beiden großen Konzerne sich über ihre Mineralölpolitik vollkommen geeinigt haben, sind darüber hinaus einer freundschaftlichen Verständigung beider Gesellschaften auf technischem und wirtschaftlichem Gebiete die Wege geebnet.

Der Streit um die Barmat-Liquidationsmasse hat u. a. dazu geführt, daß die an der Kreditversicherung für die Darlehen der Barmat-Gruppe beteiligten Rückversicherungs-Gesellschaften die Ansprüche der Gläubiger bestritten und sogar den Vorwurf des Versicherungsbetruges erhoben haben. Demgegenüber gab die Liquidations- und Treuhand-G.m.b.H. der Öffentlichkeit eine Darstellung, aus der hervorgeht, daß eine ganze Reihe von Gesellschaften Verpflichtungen von circa 30 Millionen Mark eingegangen sind, um die Kredite zu sichern. Solange man damit ein Geschäft zu machen hoffte, war von Unregelmäßigkeiten keine Rede. Erst nach dem Zusammenbruch des Konzerns erhob man die Einsprüche. Das Garantiefomitee sah ein, daß man nicht die vollen Beträge hereinbekommen würde, und hat in Vergleichsverhandlungen einen Ausweg gesucht, bei dem u. a. den Rückversicherungs-Gesellschaften eine ausreichend lange Zahlungsfrist gelassen werden sollte. Erstaunlich wirkt dabei mit, daß in den Versicherungsgesellschaften noch die Ansicht besteht, nur 25 Prozent des gefälligen Aktienkapitals einzuzahlen. Im übrigen tritt das Sanierungskomitee den Angriffen der Rückversicherungs-Gesellschaften sehr entgegen. — Daß die Liquidation im Barmat-Konzern bereits weitgehend gediehen ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß Kom-

merzintrot Kanasse am Anfang Oktober aus der Liquidations- und Treuhand-G.m.b.H. auszuschneiden gedenkt. — Die Deutsche Merkur-Bank, die Spitzenbank des Barmat-Konzerns, wird laut Generalversammlungsbeschluß liquidiert.

Der Scheidemandel-Konzern vernichtet Vorratsaktien. Wie die Aktiengesellschaft für chemische Produkte vormals E. Scheidemandel mitteilt, wird der nächsten Generalversammlung die Einziehung von 5 Millionen nominell aus den noch vorhandenen Vorratsaktien vorgeschlagen werden. Begründet wird der Vorschlag mit dem Bericht auf den Plan, weitere Unternehmungen anzugliedern. Der sich ergebende Rückgewinn von 1,5 Millionen Mark soll zu Abschreibungen Verwendung finden, da er nach der bisherigen Uebersicht zur Deckung von Verlusten des laufenden Geschäftsjahres nicht erforderlich sein wird. — Die 5 Millionen Mark Vorratsaktien sind der Rest der letzten Papiermarkemission von 75 Millionen, die die Scheidemandel A.G. nach der Stabilisierung vorgenommen hatte. Sie stammen aus den später im Verhältnis 5:1 auf 15 Millionen zusammengelegten 25 Millionen Papiermarkaktien, die bei der Emission in der Hand der Verwaltung blieben und von denen 0,5 Millionen Reichsmark späterhin noch verkauft wurden. Wenn die jetzige Vernichtung des Restes der Vorratsaktien auch als wertvoller Beitrag zur praktischen Lösung der Frage der Bewertung- und Vorratsaktien zu begrüßen ist, so darf man doch nicht übersehen, daß der Scheidemandel-Konzern dabei kaum aus freier Willensentscheidung gehandelt hat. Seit langem ist bekannt, daß eine Dividende für 1924 nicht ausgeschüttet werden wird. Darüber hinaus war aber von finanziellen Schwierigkeiten im Scheidemandel-Konzern die Rede. Tatsächlich erlitten die Scheidemandel-Aktien erhebliche Kursverluste. So wird man den Schritt als innere Sanierungsmaßnahme der Muttergesellschaft des Konzerns betrachten müssen.

Kreditgenossenschaften gegen Kreditgewährung. Die Tagung des Deutschen Genossenschaftsverbandes in Freudenstadt wurde eingeleitet durch eine Sitzung des Genossenschaftsbeirates der Dresdner Bank. In der Sitzung wurden die wichtigsten die Kreditgenossenschaften berührenden Fragen besprochen. Die anschließende Aussprache fand ihren Niederschlag in einer einstimmig angenommenen Resolution. In dieser Resolution wurden die Genossenschaften darauf hingewiesen, auf dem Gebiete des Bankkredits zu den alten Grundfragen der Friedenszeit zurückzukehren, und den Genossenschaften dringend empfohlen, ihre Bankkredite nur von einer Stelle zu nehmen und gleichzeitig die Bankkredite auf das geringste Maß zu beschränken, um in Zeiten dringender Not Ausgriffsmöglichkeiten auf das Zentralinstitut zu haben. Es wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Genossenschaften in der Kreditbewegung möglichst Zurückhaltung üben, um eine Ueberspannung der Bankkredite zu vermeiden. Die Genossenschaften wurden weiterhin darauf hingewiesen, bei der Uebernahme von Haftsummen größte Vorsicht walten zu lassen und dabei ihre eigene Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen. — Die Resolution eines Genossenschaftsverbandes, dessen Aufgabe die Kreditgewährung ist, zeigt in außerordentlich drastischer Weise das Mißtrauen und die Unsicherheit, die heute im Kreditverkehr herrscht.

Was ist im Rückforth-Konzern los? Die beiden zum Rückforth-Konzern gehörenden Gesellschaften Berberische Obst- und Gemüseverwertung Rurau G.G. Berber und Bereinigte Kaffee- und Kakao-Betriebs-A.G. sind unter Geschäftsaufsicht gestellt. Die letztere gehörte früher zu Sarotti. Erst kürzlich ist sie zum Rückforth-Konzern gekommen. Generaldirektor Fischer vom Rückforth-Konzern wurde Vorsitzender des Aufsichtsrats. Die unangenehme finanzielle Lage der beiden Gesellschaften ist um so auffällender, als die Kaffee- und Spirituosen-Gesellschaften des Konzerns mit günstigen Abchlüssen herausgekommen sind.

**Theater Lustspiele**  
Volksbühne  
7 1/2 Uhr: HAMLET

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
7 1/2 Uhr: Schatzgräber

**Opernhaus am Königsplatz**  
8 Uhr: Tiesland

**Schauspielhaus**  
8 Uhr: Der Bar. — Die gr. Katharina

**Schiller-Theater**  
8 Uhr: Jungfrau von Orleans

**Deutsches Theater**  
8 Uhr: Man kann nie wissen

**Man kann nie wissen**  
von Shaw

**Kammerspiele**  
8 Uhr: Sechs Personen suchen einen Autor

**Sechs Personen**  
suchen einen Autor

**Die Komödie**  
Reinfurten 206-207

**Herz ist Trumpf**  
von Gaudern

**Berliner Theater**  
8 Uhr: Gastspiel

**Gastspiel**  
Kammerkammer

**Rich. Taubert**  
Musik, Leitung L. W. Engel

**Eine Nacht in Venedig**  
Operette in 3 Akten

**Bernowsky-Bühnen**  
Theater in der Königsplatz-Str.

**Wie es Euch gefällt**

**Komödienhaus**  
Tagl. 8 Uhr: Margarine

**Die Tribüne**  
Mont. 11. Sept. 9 Uhr: Zurück zu Jerusalem

**Deutsches Künstler-Theater**  
Heute geschlossen

**Voranzeige!**  
Freitag, 11. Sept. 7 Uhr: Premiere!

**Fritz Massary: Die Teresina**  
Operette v. Schanzler

**Residenz-Th. d. Jugendfreunde**  
Clare Kommer, Osk. Sabo, Dewis, Becklin, Emmering, Elzer, Ley, Meiwitz, Sonne

**Thalia-Th.**  
8 Uhr: Anemarie

**Basel, Diegelmann, Heidemann, Dora, Metelka, Spira, Willian**

**Theater in der Kommandantenstr.**  
8 Uhr: Marie Escher a. G. Annaliese v. Dessau

**METROPOL VARIETE**  
8 Uhr: Saison-Eröffnung

**Lustspielhaus**  
Voranzeige!  
Sonntag, 12. Sept. 7 Uhr: Premiere

**Ritter Blaubaris**  
acht Frau

**Th. an Schiffbauerdamm**  
8 Uhr: Der kleine Kuppler

**Wallner-Theater**  
8 Uhr: Meiselen

**SO. V. D.**  
8 Uhr: Internat. Varieté

**Central-Theater**  
8 Uhr: Hille, ein Kind ist Himmel gefallen

**Großes Schauspielhaus**  
Direktion: Karl Rosen  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
„Für Dich!“

**Komische Oper**  
8 1/2 Uhr: James Klein 8 U.  
Europas meist gespielte u. somit erfolg. Revue:  
400  
Das hat die Welt noch nicht geseh'n

**WALHALLA**  
7 1/2 Uhr: Die lustige Revue  
Mal was anderes

**WINTERS GARTEN**  
TARZAN  
das amerikanische Original im J.-S.-S.-Spielplan

**Reichshallen-Theater**  
Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 1 Uhr  
Sittlicher Sänger

**Dönhoff-Brettli**  
(Saal und Garten)  
Das beliebte Familienvariété

**Elite-Sänger**  
Königsplatz 8 - Tel. 10077  
Tägl. 8 Uhr, auch Sonntag nachm. 3 Uhr (zu halben Preisen)

**Berlin... da klicktet!**  
Vorverkauf: 11-14, und 5-6 Uhr

**RIESEN CIRCUS KRONE**  
Söhnhauser Allee — Hochbahn, Danziger Str.  
Haupteingang Rudolf-Moisse-Str. 66.  
Telephon: Humboldt 99

**Täglich 8 abends**  
Gigantische Circus-Spiele  
Neu: Circus-Rennbahn

**ZOO**  
500 exot. Tiere Indlanerdorf  
täglich von 10-7 geöffnet.  
Konz.-Kapell, Raubtierfüttr. 11U. vorm.

**Rose-Theater**  
8 1/2 Uhr: O schöne Zeit, o selige Zeit

**Th. a. Hollenhorst**  
8 Uhr: Die hellblauen Schwestern

**Kloster-Operette**  
Sonia, Liebenstein, Groß, Müller, Falk, Bell

# Die Volksbühne

- E. B. -

nimmt für das Spieljahr 1925-26 noch neue Mitglieder auf, und zwar nach Wunsch in Abend-, Nachmittags- und gemischten Abteilungen. Sie vermittelt jedem Mitglied

neben der Möglichkeit zu billigem Besuch zahlreicher wertvoller Sonderveranstaltungen (Konzerte, Tanzmatineen, Autorenabende, Vorträge usw.)

## jährl. 12 Theateraufführungen

und zwar je

### 4-6 im Theater a. Bülowplatz

### 2 in der Oper am Königsplatz

und je 1-2 im Schillertheater, Wallnertheater, im Zentraltheater und im Berliner Theater

Einschreibgebühr 1,50 Mt. Auslosung aller Plätze! Beitragsmarken zum Besuch einer Vorstellung einschl. freier Kleiderabgabe, Programm u. Zeitschrift

## für 1.50 Mt., bzw. 1.10 Mt.

jenachdem, ob Abend- od. Sonntags-Nachmittagsvorstellungen belegt sind. (Opern 1,50 Mt.) Ausschl. all. Gewinnabsichten! Selbstverwiltg. d. Mitglieder

## Auskunft u. Anmeldungen

in den Geschäftsstellen Linienstr. 227 u. Königsplatz 7, in der Volksbühnen-Buchhandlung Köpenicker Str. 68, sowie bei allen Tisch'schen Theaterkassen

## Die elegante Dame kauft nur Qualitätswaren

Elegante Plüschmäntel ..... 149.—, 99.—  
Pelzmäntel, Prachtstücke ..... 360.—, 150.—  
Fesche Pelzjacken ..... 220.—, 125.—  
Velours- u. Mouliné-Mäntel m. Pelz 59.—, 42.—  
Flotte Ulster ..... 35.—, 13.—

### zu enorm billigen Preisen!

Gesellschaftskleider ..... 76.—, 43.—, 21.—  
Herbst- und Winterkostüme . . . 98.—, 55.—, 42.—  
Seiden- und Ottomanemäntel 79.—, 65.—, 39.—  
Burburry-Mäntel ..... 69.—, 36.—, 27.—  
Gummimäntel ..... 27.—, 16.—, 11.—  
Röcke ..... 18.—, 12.—, 5.—

Extr.-Abtlg. Frauenmagazin

# Westmann

Mohrenstr. 37 a. - Str. Frankfurterstr. 115

Am 28. August 1925 verschied ganz plötzlich während seines Dienstes unser Bureaugestellter, Herr

## Wilhelm Jürgens

im 52. Lebensjahre.

Der Verstorbene war ein treuer, fleißiger Mitarbeiter, dessen Andenken wir in Ehren halten werden.

**Die Direktion**  
der Berliner Müllabfuhr A. - G.

---

**Heilmer-Bühnen**  
Lesing-Th.  
Freitag, 11. Sept. 7 Uhr

**Götz**  
v. Berlichingen

**Wegener, Hönlich, G. Müller, George**  
Regie: Ed. Tarnow

**Kleines Theater**  
Heute 8 Uhr  
Besser als früher

**von Pirandello**  
Orska, Richard, Meingast, Rewalt, Steiner

**Reg. Berth. Viertel**

**Trianon-Th.**  
Tagl. 8 Uhr  
Uelä Verker in  
Frau Lebergrin

**Mitt.-Park. 5-6 M.**  
sonst. Pr. 1.50-12 M.  
Kl. Th. 2.50-5.50

**Täglich 8 1/2 Uhr**  
4. Woche  
"KAMP" 1925/26

**„ACHTUNG! WELLE 505!“**

**THEATER IM ADMIRAL-PALAST**  
Mark 2.— bis 16.—

**Casino-Theater**  
Lothringer Str. 37.  
Tägl. 8 Uhr  
Die dreilaktig. Posse

**Berühmte Schwimmer**  
für die bewährte Jubiläum-Regatta

**Metropol-Theater**  
Täglich 8 Uhr:  
Cairo Box als Kamsell Angol

**Karyavina Kirchhoff usw**

**Neues Theater am Zoo**  
Täglich 8 Uhr:

**Oilly-Polly**  
Operette von Kollo

**Emmy Sturm**  
Curt Bois

**Parkettpl. v. 2-12 M.**

**Zoolog. Garten Aquarium**  
Allen-Sonderschau  
Tierkunstausstellg.

**Tägl. ab 4 Uhr:**  
Gr. Konzert

**Wochentags ab 7 U. abds. 75 Pf.**

**Heute früh 3 1/2 Uhr ist mein lieber Mann, mein guter Vater, der Zimmermeister**

**Friedrich Fleischer**  
nach kurzem Krankenlager infolge Herzschwäche für immer eingeschlichen.

**Um stille Teilnahme bitten**  
Frau Emilie Fleischer, geb. Gebert, und Tochter Johanna.

**Von Beileidbesuchen und Blumenpenden bitten wir Abstand zu nehmen.**  
7/15 Bin.-Neukölln, d. 7. September 25.  
Kneesebeckstr. 88.

**Die Einäscherung findet statt am Donnerstag, den 10. Sept. 25, nachmittags 1 Uhr im Krematorium Baumschulweg, Kirchholzstraße.**

**Am 7. September, abends 9 1/2 Uhr, starb plötzlich und unerwartet infolge Herzschlag meine liebe Frau**

**Maria Henschel**  
im 33. Lebensjahre.

**Rudolf Henschel, Straußbergstr. 76.**  
Einäscherung Freitag, den 11. September, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Baumschulweg.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Achtung! Achtung!

**Wahlkörperversammlung der arbeitslosen Kollegen!**  
Donnerstag, den 10. September, nachmittags 11 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Cienietstraße 83, 85, für folgende Bezirke:

**Aufgenähter, Bauanschläger, Drahtarbeiter, Dreher aller Art, Einrichter, Elektromonteur (Start- und Schwachstrom), Hilfsmonteur, Helfer, Emailleler, Feilenhauer, Former (Eisen u. Metall), Goldarbeiter, Graveure, Jofeleure, Hobler, Bohrer, Fräser, Stoßer, Kernmacher, Schleiferarbeiten, Werkzeugmacher, Werkzeugschleifer.**

**Freitag, den 11. Septbr., vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Cienietstraße 83, 85, für folgende Bezirke:**

**Drücker, Gärtler, Galvaniseure, Schleifer, Klempner (Vau und Werkstatt), Mechaniker, Optiker, Rohrlieger und Helfer, Schlosser aller Art, Schmiede, Schweißarbeiter, Schraubendreher, Uhrmacher, Wälzwerkarbeiter, Widler, Zigarettenmaschinen, Arbeiterinnen und Arbeiter.**

**Tagesordnung in beiden Versammlungen:**  
1. Beratung der Beiträge zur Generalversammlung.  
2. Wahl eines Delegierten.

**„Welle“ Arbeitslosenliste und Mitgliedsbuch ist beim Eintritt vorzulegen.**  
Die Delegation.

**Theat. d. Westens**  
Das große Operettenhaus  
8 Uhr:  
Wiener Blut

**Die Koblancks**  
Täglich 8 Uhr  
im Theater i. d. Lützowstr. 112

**Ecke Flottwellstr., Kammermusikhaus**  
Vorzeig. dies. Zahlen  
nur halbe Preise  
von 80 Pf. an.

**Philharmonie**  
8 Uhr:  
Beethoven-Abend

**des Philharm. Orch.**  
Dirig.: Prof. Julius Fritze  
Viola Konz. (Holst)  
& Sinfonie F-Dur

## Ich bin vorgemerkt.

Von Karl Ettlinger, München.

Wahrscheinlich, wenn der Frühling mit seinen Fingern an die schon vorerregte Tür der Großmutter Erde anknüpft, dann klopft auch die Kiste, mein zartfingeriges Schloß, bei mir an, d. h. sie beginnt allerlei Anspielungen zu machen, daß der Frühling, Sommer, Herbst und Winter die geeignetste Zeit zum Heiraten sei. Sie sagt das bei ihrer angeborenen Schüchternheit natürlich nicht so geradezu, sie macht das distret, indem sie zum Beispiel mitten in einem ganz anderen Gespräch nebenbei bemerkt: „Den Onkel Adolf werden wir wohl auch zu unserer Hochzeit einladen müssen!“ oder indem sie mir mitteilt: „Du, am Standesamt sollen!“ jezt a eigne Tramwayhaltestelle errichtet hat!“

Man nennt das durch die Blume reden, und zwar nicht durch die Rose, sondern durch die Dornen. Im übrigen bin ich durchaus nicht abgeneigt, mich von der Rest zum Altar führen zu lassen, Treue, Fleiß und Gehorsam zu loben — wäre nur nicht die heisse Wohnungsfrage! Nun, Opti sei Dank, wir haben ja ein Wohnungsamt. Dort gibt es allerlei sehr nützliche Dinge, zum Beispiel Bänke, auf denen man stundenlang sitzen kann, bis man drankommt, Formulare, die man ausfüllen darf, Schalter, die einem vor der Nase geschloffen werden, kurz, es gibt dort mancherlei Unterhaltungen für die vergnügungsfüchtige Bevölkerung — nur Wohnungen gibt es nicht. Aber einen Trost habe ich immerhin: ich bin vorgemerkt. Auf dem Wohnungsamt da haben sie ein dickes Buch, auf dem Umschlag steht nicht „Ill Eulenspiegels lustige Streiche“, sondern „Vormerkungen“; alle Seiten sind mit Namen vollgetripelt, und irgendwo in dem Buch steht mein erlauchter Name auch. Von Zeit zu Zeit gehe ich auf das Amt und ertundige mich, ob vielleicht das Blatt, auf dem ich stehe, aus Versehen zugestrichelt worden sei, und dann tröstet man mich: „Nur abwarten, Sie kommen schon dran!“ Sie sind ja noch ein junger Mann, Sie können gut und gerne neunzig Jahre alt werden, Sie kommen schon dran!“

Und — hurra! — eines Tages bekam ich eine Mitteilung, da stand eine Wohnung drauf, die sollte ich besichtigen. Alles, was wahr ist, das Wohnungsamt ist großzügig; eine Dreizimmerwohnung wollte ich, und eine Jehnzimmerwohnung ließen sie mich besichtigen, mit Garage, Dienereingang, und ich fragte den Hausmeister: „Haben Sie nicht vielleicht auch Tennisplatz im Hause? Sonst kann ich die Wohnung nicht brauchen!“ Und als er mir den Mietpreis nannte, sagte ich: „Das ist ja geschenkt, und geschenkt nehme ich nichts!“

Ich bin aufs Wohnungsamt gegangen und habe ihnen dort erklärt: „Die Wohnung ist herrlich, ja herrlich, daß ich sie dem Wohnungsamt nicht rauben möchte. Auch gestatte ich mir, höchst darauf aufmerksam zu machen, daß ich in meinem künftigen Heim mit der Rest keine Schostagerennen zu veranstalten beabsichtige und daher keine Arena brauche, sondern eine Dreizimmerwohnung!“ Und der Beamte suchte die Akten, worin er große Liebung hatte, und meinte: „Ja, wäherlich dürfen Sie nicht sein!“

Jezt verging wieder ein größerer Abschnitt Weltgeschichte, ohne daß das Wohnungsamt sich meiner bescheidenen Existenz erinnerte, dann aber — juchhe! — durfte ich wieder eine Wohnung besichtigen. Ich wollte schon immer gerne mal hören, wie sich die Wölfe und Füchse „Gute Nacht“ sagen, und in dieser Gegend lag das Haus. Ganz neu war es nicht, sondern es hätte mich keineswegs gewundert, daran eine Tafel zu finden: „In diesem Hause wurde Adam geboren.“

Hiernächst lief ich um das Haus herum, dann hatte ich den Eingang gefunden. Das bereute ich aber gleich hinterher, denn nun betrat ich die lebensgefährlichste Treppe, auf der ich jemals ausgerutscht bin. Früher einmal, als noch das Gelände an der Treppe war und die Stufen noch vollständig verammelt waren, moß das ja für Leute, die gern Vergnügen spielen, eine ganz unterhaltsame Stiege gewesen sein, jezt aber, nachdem die meisten Stufen aus dem Bereich ausgetreten waren, gehörte schon der Wagen mit einem Harry Biel dazu, diese Treppe hinaufzutrotten. Also ich machte im zweiten Stock halt, verband mir das Knie, und nachdem sich meine Erwartung, die Klingel werde taputt sein, als richtig herausgestellt hatte, trommelte ich mit der Faust den Desfauer-Marsch an die Türe, ohne damit irgendwie eine militärische Kundgebung zu beabsichtigen.

Hiernächst erschien im Türrahmen ein Mann, der bereits wußte, daß ich vom Wohnungsamt kam, denn er hatte die Kerne hochgekrempt. Also, er begann die Begrüßung damit, eine Aufforderung an das Wohnungsamt zu richten, die ich auch dann nicht ausgeführt haben würde, wenn ich dazu Prokura gehabt hätte. Dann erzählte er mir, er denke gar nicht daran, auszuweichen, sondern er erwarte die gewalttätige Ermittlung, zu welchem Zwecke er sich bereits eine Art angehofft habe. Außerdem habe er sich gestern fest vorgenommen, den nächsten, der wegen der Wohnung käme, die Treppe hinunterzuwerfen, und dieser Nächste sei ich.

Er war ein Mann von Wort. Er erleichterte mir den Treppenabstieg in schwanqvollster Weise. Diesmal war ich sogar ganz froh, daß mehrere Stufen fehlten.

Ich habe mich dann auch „unter der Hand“ um eine Wohnung umgesehen, und ich fand auch zwei ganz nette Zimmer. — bloß an einer Kleinigkeit ist die Sache gescheitert: der jeztige Inhaber wollte zwanzigtausend Mark Abstandssumme haben, ferner sollte ich ihm eine Villa im Gebirge bauen, seinen Hund in Pflege nehmen, ihm für seine drei Töchter Schwiegeröhne besorgen, bei den künftigen Kindern Firmnote sein und ihm einen in der Wand stehenden rostigen Nagel gegen eine neue Schreibmaschine umtauschen.

Wie gesagt, es waren zwei nette Zimmer, aber ich habe momentan keine Verwendung für einen rostigen Nagel, und daran ist die Geschichte gescheitert.

Wenn die Rest jezt wieder Anspielungen macht, daß die Ehe der schmerzloseste Abschluß einer Verlobung sei, dann antworte ich ihr: „Du bist vorgemerkt!“ Dieser Satz scheint mir der einzige Gewinn zu sein, den man in der Wohnungsamtlotterie machen kann.

## Im slawischen Süden.

Reisebriefe von Hermann Wendel.

1. Dalmatien.

Da wir neu uns grüßen, Sonnenküstenland, Lächel der Wind auf süßen Wellenränderfüßen, Blin zu meinem Strand, Petar Preradovic d. D.

Wie wenige von den Südländlern, deren Augen, „bis die Wimper sinkt“, an diesem einzigen Gestade „von dem goldenen Lieberflus der Welt“ trinten, ahnen etwas von der tieferen Problematik Dalmatiens! Der Ueingeweihte ist vielleicht noch am ehesten geneigt, an nationale Probleme zu denken, aber damit hat es nichts auf sich. Fast die ganze Küste entlang, mit so ziemlich einziger Ausnahme der Kaufmanns- und Patrizierrepublik Dubrovnik (Ragusa), herrscht bis zu Napoleons Tagen der Flügelarme Venedigs, und von lateinlicher Geiltung künden jeder Stein an den Bauwerken vergangener Renaissance. Auch als der Wiener Kongreß das Land 1815 dem Hause Habsburg zuschob, blieb, bis auf diesen Tag, Italienisch die zweite Sprache, die jeder Gebildete kennt, aber deshalb war während des Weltkrieges und nachher der römische Anspruch auf Dalmatien nicht minder freche Bier eines frechen Imperialismus.

## Ein kalter Putsch.



Schiele: „Woher sollen wir in Zukunft unsere Wähler nehmen, wenn die Jugend in Freiheit erzogen wird.“

Denn in seiner Gegenwart und in seiner gesunden Gesichtsfarbe ist das Land rein slawisch und kaum mit ein paar italienischen Sommerprossen geprenkelt; sicher wohnen mehr Italiener in Berlin als in ganz Dalmatien, und so alt wie die ungeläufigen Städtenamen Sebenico, Spalato, Ragusa und Cattaro sind die slawischen Zeichnungen Sibenik, Split, Dubrovnik und Rotor längst.

Desto mehr Aufmerksamkeit heischt das wirtschaftliche Problem. Dalmatien ist ein armes, ein passives Land, dessen Bevölkerung sich von Fischfang und Seefahrt und den Bau der Olive und des Weinstocks mühsam nährt; Getreide gedeiht nicht, und auf den fahlen Flächen des Karstes suchen nur Schafe und Ziegen ihre fargliche Nahrung. Dereinst waren die gewaltig himmelan getürmten Steinmassen dieses Juges der dinarischen Alpen mit dichtem Wald bestanden; aber als die Venezianer für ihre Handels- und Kriegsgaleonen der Balken und Bohlen nicht wenig bedurften, holzten sie ihn unarmberzig ab. Da Wald für solche Länder Voraussetzung jeder Entwicklung und Quelle fast allen Reichtums ist, bleibt die hier und da schon begonnene Aufforstung des Karstes die gebietlichste Forderung der Stunde. Ebenso vernachlässigt war in der 1. Zeit Dalmatien, auf seine Bahnverbindung mit dem Hinterland hin angesehen. Seine größte und lebendigste Stadt Split (Spalato) lag bis gestern, nur zur See erreichbar, wie auf einer Insel, und jezt erst wurde das letzte Stück der Viskabahn eröffnet, die, dank der gegen alles slawische gerichteten magyarischen Abdröselungspolitik vor dem Kriege, nicht auf dem kürzesten und bequemsten Wege die Küste mit dem Innern verknüpft. Viele Hoffnungen begleiteten die erste Lokomotive, die von Zagreb (Agram) nach Split rollte, denn jezt erwartete man auch einen industriellen Aufschwung, für den durch monnigfache Rohstofflager von Baugit, Zement, Kohle und lignit wichtige Vorbedingungen erfüllt sind.

Mit der vollen Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte des Landes wird auch die soziale Frage einen Teil ihrer Schärfe einbüßen, die in diesem Del- und Weinlande in erster Reihe eine Bauernfrage ist. Die Arbeiterbewegung war auch vor 1914 schwach, und als nach 1918 im Bann der allgemeinen Nachkriegspsychose der Kommunismus sein Haupt erhob, knüpfelte eine damals aufkommende nationalistische Organisation faschistischen Gepräges, die Orjuna, nicht nur ihm nieder, sondern brachte auch alle sozialistischen Bestrebungen der Arbeiter vorberhand zum Schweigen. Der dalmatinische Bauer aber litt durch die Jahrhunderte unter den verschiedenen Spielarten des Kolonats, eines Pachtsystems auf Grundlage einer Naturalabgabe, das wie alle ähnlichen Formen der Besitz- und Arbeitsverfassung fortschrittfeindlich wirkte und dadurch verschärfte wurde, daß nicht nur die Pächter, die Kolonen, sich als arme Teufel abraderten, sondern auch die Besitzer, die Gopari, alles andere als große Grundherren waren. Da die Schaffung des slawischen Staates, auf ihren sozialen Gehalt hin angeschaut, eine Agrarrevolution großen Stils bedeutet, wurde sofort nach dem Umsturz das Kolonat mit den Ueberresten des Feudalismus in den anderen Gauen hinausgesetzt, doch die Durchführung jener Verordnung vom Februar 1919 wirft noch einen ganzen Schwall von Fragen auf.

Aber in diesem „Sonnenküstenland“ scheinen sich Natur und Gesellschaft vermischt zu haben, um die Falten aller Problematik von der Stirn des fremden Besuchers hinwegzuwischen. Auch mer zum soundsovielten Male von Susaf oder Trieste die Fahrt gen Süd antritt, steht immer wieder atemlos und überwältigt. Blauer Himmel und blaues Meer einen sich zu zuberwollter Unendlichkeit; an den Füß naktter, starrer Felsmassen sind mit weißen Häusern und roten Dächern Dörferchen und Städtchen hingeklebt; die Pinie breitet den grünen Sonnenschirm ihres Wipfels aus die schwarze Flamme der Inzresse schießt steil in die Höhe; der Rattus spreizt seine fleischlichen Blätter; zwischen Eukalyptus und Agaden drängt sich die prangend rote und weiße Blüte des Oleanders; der Johannisbrotbaum läßt ein, und reife Feigen wachsen dir vom Strauch in den Mund. Und welche Wunder bergen die größeren Siedlungen der Menschen: Sibeniks Bucht mit dem vorgebauten Fort San Nikol, die aufrauschende Bracht seiner hochberühmten Kuppelkirche, der donnernde Sang der Krfasüle unweit der Stadt, in Späat der erhabene Kaiserpalast des Dofletianus, das Gewirr der schlauartig engen Gäßchen, der Berg Marjah, mit dem berauschenden Bild über Häuser und Häfen, Meer und Eilande; das seltsame Gefilde der Sieben Kaffelle, wo mit jedem Atemzug das süße Gift des Bergessens die Brust eintrinkt; Trogic, erstarrt in der architektonischen Schönheit verklungenen Jahrhundert, im Hermelin seiner Hobelt, und ehe der Riel weiter nach Süden, nach Erceg-Novi (Castell nuovo) und Rotor (Cattaro) trägt, von wo die Serpentinstraße nach Monte negri hinaufgeschneit, Dubrovnik (Ragusa), das ewig Unvergänglich; ein Märchen, eine Magie, eine Ruff! Und den vom Gassen und Raffen, vom Schauen und Staunen Müden wiegt abends das stete Rollen der Brandung in sanften Schlaf.

Noch ist trotz seiner unerschöpflichen Reize Dalmatien keine Hochstraße des Touristenverkehrs, der Fremdennepp steht noch nicht in Blüte, und wenn es auch an den großen, uppigen, internationalen Karawanenferien nicht ganz mangelt, ist doch alles der unverfälschten Natur näher, als etwa in Italien, dem klassischen Lande der jächischen

Hochzeitsreisenden. Herrliche, heimliche Inseln gibt es, wie Korcula oder Hoar oder auch Baderplage an der Küste von Makarska, wo sich für geringes Geld Unergeßliches an Lebensfreude eintauschen läßt. Noch hat es niemand bereit, von der Herdenstrafe der Erholungssucher nach Dalmatien abgewichen zu sein. Näheres über Reismöglichkeiten, und Aufenthaltsbedingungen erfährt jeder durch die Verkehrsburcaus „Putnik“ in Split und Dubrovnik oder auch (gegen Rückporto) durch die Deutsch-Südslawische Gesellschaft in Frankfurt a. M. (Dr. Otto Roethe, Eshersheimer Landstraße 403). Aber was ein großer Wurf hieße, wäre Urlaubsreisen deutscher Arbeiter nach Dalmatien zu organisieren. Kein Land südlischen Gepräges ist dafür so geeignet, und was deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei möglich war: Italienfahrten für Arbeiter in die Wege zu leiten, mühte mit dem slawischen Gefilde der Adria gelingen, zumal die südslawischen Schiffsahrtlinien und Verkehrsrichtungen ohne Zweifel Entgegenkommen zeigen würden. Je mehr Boden die moderne Arbeiterbewegung gewinnt, desto mehr gilt es, nicht nur das Monopol der Produktionsmittel, das die Kapitalistenklasse inne hat, sondern auch das Monopol der Genußmittel zu brechen, das sie schier noch eiferfüchtiger hütet. Und wirklich und wahrhaftig ist Dalmatien ein Genußmittel!

## Der hypnotisierte Magen.

Der große russische Physiologe Pawlow hat uns durch seinen berühmten Versuch an dem Hunde mit der Magenstimulierung einen direkten Blick in die Arbeit des Magens eröffnet. Der Hund erhielt einen Auszug des Magens durch die Bauchhaut, so daß man das Magensekret auffangen konnte. Hielt man ihm ein Stück Fleisch vor, ohne ihn zuzuschlagen zu lassen, so ergoß sich sofort eine reichliche Menge Magenflüssigkeit als Zeichen dafür, daß psychische Reize die Tätigkeit der Magendrüsen in Gang bringen. Will man aber die Arbeit des menschlichen Magens ergründen, so muß man natürlich andere Wege einschlagen, und dies haben nun die Wiener Ärzte Dr. R. Heilig und Dr. H. Hoff in Versuchen getan, deren bemerkenswerte Ergebnisse Dr. Haslinger in der „Umschau“ mitteilt.

Die Wiener Forscher ließen bei jeder genauen Magenuntersuchung ein sogenanntes Probefrühstück verzehren das immer aus dem gleichen Speisen und Getränken bestand und nach 30 Minuten wieder mit der Magenpumpe ausgehebert wurde. In dem so gewonnenen Speisebrei wurde der Gesamtsäuregehalt und die Menge der freien Salzsäure bestimmt, wobei man bei derselben Person stets etwa die gleichen Werte fand. Nach einigen Tagen wurde derselben Versuchsperson das Probefrühstück in Hypnose gereicht, wobei ihr die Vorstellung ausgebrängt wurde, es sei Rindfleisch, das sie mit Widerwillen esse; nach einigen Tagen wurde der Versuch wiederholt, aber unter dem hypnotischen Eindruck, daß die Speise mit Appetit gegessen werde. Reichte man einer Person in Hypnose das Probefrühstück unter der Vorstellung, sie esse mit Behagen und es sei ihre Lieblingspeise, so enthielt der Speisebrei sehr viel mehr Säure, als wenn die Nahrung ohne Hypnose genossen wurde. Gab man aber einer Person ein Gericht, das sie nur mit größter Unlust zu genießen pflegte, so fehlte die freie Salzsäure sogar völlig. Eben solche Unterschiede im Säuregehalt ließen sich beobachten, wenn die Betreffenden glaubten, sehr süße oder sehr fetige Speisen gegessen zu haben, je nachdem sie mit Lustgefühl oder Ekel zugelangt hatten.

Desgleichen zeigte sich vor dem Königsberg, wie sehr die Magen- und Darmtätigkeit seelisch beeinflusst werden kann. Gab man der Versuchsperson einen Brei ein, der Bariumsulfaat enthielt, wodurch die Speise einen „Schatten“ gibt, und versetzte man sie dann in Hypnose, so konnte man sehen, wie der Magen zunächst in gewohnter Weise arbeitete. Wurde aber die Vorstellung einer mit Widerwillen genossenen Speise erweckt, so hörten die gleichmäßigen Bewegungen des Magens sofort auf, und er hing schlaff herunter. Wurde der Ekel durch die Hypnose gesteigert, so fanden ruckweise Zusammenziehungen des Magens mit rückläufiger Bewegung des Breis nach aufwärts statt. Erweckte aber die Hypnose eine lustvolle Vorstellung bei der gleichen Speise, so veränderte sich das Bild in weniger als einer Minute gänzlich, und der Magen arbeitete so schnell, daß oft ein Schub Speisebrei beim Uebertritt in den Zwölffingerdarm direkt in den vorhergehenden überging. Aus diesen Versuchen ergibt sich, daß es überaus wichtig ist, ob wir eine Speise mit Genuß oder mit Ekel zu uns nehmen. Was der eine schnell und gut verdaut, kann dem anderen „wie ein Stein“ im Magen liegen, und die Ärzte werden mehr als bisher bei Diätverordnungen auf die persönlichen Reigungen Rücksicht nehmen müssen; man wird auch die Kinder nicht mehr zwingen dürfen, ihnen widerstehende Speisen zu essen.

Montaigne über die Bücherwälder. Montaigne spricht an einer Stelle seiner Schriften vom Verleihen von Büchern und meint: „Kein Wunder, daß man ausgeliehene Bücher so selten zurückbekommt. Es ist eben leichter, das Buch zu behalten, als das, was darinnen steht.“

